

Bezugspreis:

Wöchentlich 85 Goldpfennig voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- u. Rheingebiet, Österreich, Litauen, Luxemburg wöchentlich 1,30 Goldmark, für das übrige Ausland 1,45 Goldmark pro Woche. Kreuzband erdungen nur gegen werb- behaltliche Zahlung. Postbezugspreis für Februar 4.— Goldmark

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Erdung und Kriegspolitik“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Frauenbeilage „Frauenwelt“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Feiertags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3  
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295  
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Mittwoch, den 20. Februar 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Vollredaktion: Berlin SW 68, Linden-  
straße 3 abgeben werden. Geöffnet  
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareille-  
zeile 0,70 Goldmark. Reklamazeile  
1,50 Goldmark. „Kleine Reklamzeile“  
das festgedruckte Wort 0,20 Gold-  
mark (außerhalb zwei festgedruckte  
Wörter), jedes weitere Wort  
0,10 Goldmark. Stellenanzeige das  
erste Wort 0,10 Goldmark, jedes  
weitere Wort 0,05 Goldmark.  
Worte über 10 Buchstaben zählen  
für zwei Wörter. Familienanzeigen  
für Abonnenten Zeile 0,30 Goldmark.  
Eine Goldmark = ein Dollar geteilt  
durch 4,25.

Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im  
Anzeigenbüro, Berlin SW 68, Linden-  
straße 3 abgeben werden. Geöffnet  
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

## Deutschnationale für Ausnahmezustand

### Antrag auf Verlängerung bis zu den Reichstagswahlen.

Die Fraktion der Deutschnationalen beschloß, die Aufrechterhaltung des militärischen Ausnahmezustandes bis nach den Reichstagswahlen zu beantragen. Damit ist dem am 1. März ablaufenden Ausnahmezustand ein Urteil gesprochen, wie es klarer nicht gedacht werden kann.

Unter dem Schutz der Reichswehr will die Deutschnationale Partei in den Reichstagswahlkampf marschieren, sie weiß, wie der militärische Ausnahmezustand gehandhabt wird und für wen er wirkt. Darum will sie sich eben von ihm nicht trennen.

Im übrigen könnte der Reichstag die Verlängerung des Ausnahmezustandes nicht auf Grund des Art. 48 beschließen, sondern nur durch verfassungänderndes Gesetz, zu dessen Annahme Zweidrittelmehrheit gehört.

### Das „Hamburger Echo“ verboten.

Der Inhaber der vollziehenden Gewalt im Wehrkreis II (Stettin) hat das „Hamburger Echo“ auf die Dauer von 3 Tagen verboten. Als Grund wird der Abdruck einer Meldung des „Soz. Parlamentsdienst“ über ein deutschsozialistisches Waffenlager in Halle angegeben. Der Abdruck soll gegen eine Verordnung des Wehrkreiskommandeurs vom 10. November 1923 verstoßen. Aus dem gleichen Grunde wurde unserm Parteiblatt in Rostock ebenfalls das Erscheinen auf 3 Tage untersagt.

Wo noch kurz vor der Aufhebung des Ausnahmezustandes sucht sich der Kommandeur des Wehrkreises II an einem Teil der sozialdemokratischen Presse zu rächen. Als nichts anderes ist das Vorgehen des betreffenden Militärs zu bezeichnen, denn der Wortlaut jener Meldung, die dem „Hamburger Echo“ und unserm Parteiblatt in Rostock ein dreitägiges Verbot einbrachte, ist in der gesamten sozialdemokratischen Presse Deutschlands und in einem Teil der bürgerlichen Blätter wiedergegeben worden, ohne daß daran von irgendeinem Wehrkreiskommandeur im übrigen Reich Anstoß genommen wurde. Tatsache ist übrigens auch, daß Meldungen, die im Zusammenhang mit den Waffenfunden bei der Organisation „Stahlhelm“ in Halle standen, bereits seit dem 2. Februar sogar ohne Anstoß des Stettiner Wehrkreiskommandeurs in der gesamten deutschen Presse veröffentlicht wurden. Aber ganz abgesehen davon, hat der Kommandeur des Wehrkreises II in Stettin bisher noch nicht in einem Falle Veranlassung genommen, sich seiner Verordnung ebenfalls zu entziehen und Verbote auszusprechen, als Mitteilungen über kommunistische Waffenlager und Aufschubvorbereitungen innerhalb seines Wehrkreises verbreitet worden sind. Selbst wenn der Beweis einer unterschiedlichen Handhabung der Verordnung, wie sie tatsächlich vorliegt, nicht erbracht werden könnte, bliebe das Verbot heller Unfaim. Die Bestrebungen der Organisation „Stahlhelm“ sind bekannt, sie richten sich gegen den republikanischen Staat, gegen die Verfassung. Damit steht zweifellos fest, zu welchem Zwecke die aufgefundenen Waffen Verwendung finden sollten. Gleichzeitig ergibt sich hieraus aber auch, daß die Befanntgabe im Interesse des Staates lag, weil dadurch eine breite Öffentlichkeit auf die gegen die Verfassung gerichteten Bestrebungen aufmerksam gemacht wurde und die gebotenen Maßnahmen ergriffen konnten. So wird ein Dienst im Interesse des Staates befristet.

### Landesverrat und Presse.

#### Das Verfahren gegen die „Frankfurter Zeitung“ eingestellt.

Die „Frankfurter Zeitung“ teilt mit: Im Anschluß an die Meldung über das gegen den „Vorwärts“ eingeleitete Verfahren wegen Landesverrat berichtet ein Teil der Presse, daß auch die „Frankfurter Zeitung“ unter der gleichen Anklage stehe. Das einzige Tatsächliche an der Nachricht ist, daß vor einiger Zeit auf Grund einer Anzeige der Oberstaatsanwalt ein Ermittlungsverfahren gegen die „Frankfurter Zeitung“ wegen Nachrichten über illegale Formationen an der bayerisch-thüringischen Grenze angestellt habe, in dessen Verlauf der verantwortliche Redakteur Böhling vernommen wurde. Das Verfahren ist nach der Vernehmung des Redakteurs eingestellt worden; deshalb habe keine Veranlassung für die Redaktion vorzuliegen, von dem Vorgang der Öffentlichkeit Mitteilung zu machen.

Dazu möchten wir bemerken, daß es sich auch im Fall des „Vorwärts“ um ein Ermittlungsverfahren handelt, das erst angehängt wurde und in dem eine Vernehmung erst bevorsteht. Wir sind aber der Meinung, daß solche Dinge nicht mit Diskretion zu behandeln sind, sondern daß es notwendig ist, die Gefahren aufzuzeigen, von denen die republikanische Presse infolge fortgesetzter Versuche zu mißbräuchlicher Anwendung der Landesverratsparagrafen bedroht ist.

### „Ruhe und Ordnung.“

#### General von Seekt und sozialdemokratische Flugblätter.

Wir wir feinerzeit mitteilten, war der Sozialdemokratischen Partei in Kiel durch den Wehrkreiskommandeur von Tschischwitz in Steinhilber die Verbreitung eines Flugblattes verboten worden. Reichstagsabgeordneter Eggertsch erhebt darauf am 19. Januar schriftlich Beschwerde beim Reichswehr-

minister Geßler. Nachdem bis zum 31. Januar keine Antwort eingegangen war, wurde in einem zweiten Briefe der Reichswehrminister an diese Angelegenheit erinnert. Wieder vergingen acht Tage ohne jede Nachricht vom Wehrministerium. Endlich am 9. Februar kam der Bescheid, unterzeichnet vom Chef der Heeresleitung v. Seekt. Der Minister hat durch sein Schreiben zum Ausdruck gebracht, was längst kein Geheimnis mehr ist, daß er nichts zu sagen hat.

Der Bescheid des Chefs der Heeresleitung schließt sich in seiner ganzen Einstellung würdig dem Geiste des Verbotes der Flugblattverbreitung durch den General Tschischwitz an. Er lautet:

„Auf die Schreiben hin, die Sie am 19. 1. 1. 2. an den Herrn Reichswehrminister gerichtet haben, habe ich die Stellungnahme des Wehrkreiskommandos II und der beteiligten Zivilbehörden zu Ihrem Flugblatt eingehend geprüft. Ich kann darauf hin die Entscheidung des Wehrkreiskommandos nur billigen. Es liegt nicht im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung, daß dem politischen Kampf durch eine rege Flugblattpropaganda dauernd neue Nahrung zugeführt wird. Wenn Wahlen ausgeschrieben sind, wird natürlich hieran ein anderer Maßstab angelegt und die Flugblattpropaganda in sehr viel weiterem Maße zugelassen, ich darf aber darauf hinweisen, daß es gerade Ihre Partei war, die an einer besonders weitherzigen Auffassung einer militärischen Stelle bei der Genehmigung von Flugblättern im Wahlkampf Anstoß genommen hat. Außerhalb des Wahlkampfes ist eine politische Flugblattpropaganda nur dann notwendig und berechtigt, wenn besondere Ereignisse eingetreten sind, dies liegt bei Ihrem Flugblatt nicht vor. Es ist selbstverständlich, daß nach diesem Maßstab die Flugblätter aller politischen Richtungen behandelt werden.“

Mit dem Satz: „Ich darf aber darauf hinweisen, daß es gerade Ihre Partei war, die an einer besonders weitherzigen Auffassung einer militärischen Stelle bei der Genehmigung von Flugblättern im Wahlkampf Anstoß genommen hat,“ spielt Seekt auf einen Protest an, der gegen die illustrierten Plakate der Dämonen im Thüringer Wahlkampf erhoben wurde. Diese Plakate stellen ungehörig an Beschimpfungen der Republik und ihrer Führer das Anlaßhafteste dar, was man sich überhaupt denken kann. Die Reichswehr ist doch mit dem Schutz der Republik betraut. Sie hätte also nicht erst auf den Anstoß durch die Sozialdemokratische Partei warten dürfen, sondern von selbst eingreifen müssen, da ihr nun einmal die Kontrolle der Wahlflugblätter — unseres Erachtens ganz überflüssiger Weise — übertragen war.

Von dem sozialdemokratischen, sachlich gehaltenen Flugblatt fürchtet General v. Seekt eine „Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung“. Er sieht nicht die „besonderen Ereignisse“, die zur Verbreitung eines Flugblattes Veranlassung geben könnten. Wenn man den Volksgenossen sagt, was sich im Staate abspielt, wie die „Wirtschaft“, die erkrankt ist durch die Kämpfe des Volkes um Freiheit und Selbständigkeit der Nation, jetzt versucht, sich die durch dieselben Kämpfe gemürbten mühsamemittelten Volksgenossen und den Staat unterzuordnen, dann soll eine solche Mitteilung „öffentliche Ruhe und Ordnung gefährden“!

Die Beunruhigung ist freilich längst da. Obzwar sind den Inhabern der vollziehenden Gewalt die schweren wirtschaftlichen Kämpfe, unbefangt, die jetzt von Arbeitgebern unter dem Schutz des militärischen Ausnahmezustandes provoziert werden? Das sind auch die Ergebnisse, die eine Aufklärung der betroffenen Volkswesen durch Wort und Schrift notwendig machen. Wenn die Arbeitgeber willkürlich Tausende von Arbeitnehmern auf das Straßenspülwasser werfen, so beeinträchtigt das viel mehr die öffentliche Ruhe und Ordnung, wie es je ein Flugblatt tun kann, das nur die Tatsachen feststellt. Wir haben bis jetzt noch nie gehört, daß die Inhaber der vollziehenden Gewalt bei einer solchen wirklichen Beunruhigung des deutschen Volkes durch brutale Wirtschaftskämpfe von ihrer Macht Gebrauch gemacht haben.

Allerdings war zu der Zeit, als General v. Seekt seinen Brief abschickte, der Brandenburger Landtag noch nicht gewesen und dem General sicher die zur Gewalttat ausbrechenden Reden des „Jungbauern“ Reuters durch den Wehrkreiskommandeur v. Horn noch nicht berichtet worden, der sie doch mit angehört haben muß, ohne daß sein Widerspruch deswegen bemerkbar wurde. Auch war dem General v. Seekt sicher der Kompromittierende Jurist aus Karierritten noch nicht bekannt: „Wenn Reichswehr und Landtag zusammenhalten, mag der Deibel kommen!“ Das sind freilich Äußerungen, die Ruhe und Ordnung ernsthafter gefährden, als zehn sozialdemokratische Aufklärungsschriften. Allerdings . . .

Alspreußisches aus Neuspanien. Ein Dekret der spanischen Generalregierung ermächtigt die Volksschulinspektoren, private oder von Körperkulturen abhängige Schulen zu schließen, falls ihre Lehrmethode gegen die Vaterlandsliebe und die nationale Einheit verstoßt.

Der Landtag soll nach einem am Dienstag gefassten Beschluß des Reichstages am Sonnabend dieser Woche den bisher vorliegenden Arbeitsstoff aufgearbeitet haben und dann eine Pause bis zum 18. März machen, weil der Haushalt vorher nicht vorliegt.

## Dem Ende zu.

### Letzte Tagung des alten Reichstags.

Der Reichstag, der sich heute wieder versammelt, hat bestenfalls noch ein paar Wochen der Arbeit vor sich. Selbst wenn die Neuwahlen wirklich erst am 15. Juni vorgenommen werden sollten, so würde doch in der Zeit von Ostern bis zu den Wahlen ein geregeltes Funktionieren der Parlamentsmaschine durch den Wahlkampf unmöglich gemacht werden. Nach den Osterferien, das heißt nach Mitte April, könnte der Reichstag höchstens noch zu einer ganz kurzen Tagung zusammentreten, um Dringendstes zu erledigen.

Indes ist es noch sehr zweifelhaft, ob der Reichstag eines natürlichen Todes sterben wird. Es ist möglich, daß es zu einem Konflikt zwischen der Regierung und dem Reichstag kommt, der zu einer Reichstagsauflösung führen würde. Etwas anderes ist dann auch kaum möglich, da eine Mehrheit, die bereit wäre, die Erbschaft des Kabinetts Marx anzutreten, nicht vorhanden ist. Darum wird damit gerechnet, daß das Kabinetts Marx bis zum Zusammentritt des neuen Reichstags im Amt bleiben wird, sei es, daß die Wahlen erst am 15. Juni stattfinden, sei es, daß ein ausbrechender Konflikt das weitere Zusammenarbeiten dieser Regierung mit dem Reichstag unmöglich macht und zu raschen Neuwahlen führt.

Ein möglicher Konflikt würde sich voraussichtlich bei der Auseinandersetzung über die Verordnungen entspinnen, die die Regierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes und des Art. 48 der Reichsverfassung erlassen hat. Die Regierung betrachtet eine gewisse Anzahl von ihnen gewissermaßen als tabu, sie will weder die Aufhebung dieser Verordnungen zulassen noch auch ihre Abänderung auf dem Wege der normalen Gesetzgebung gestatten. Sie erklärt, daß durch die Aufhebung einzelner Verordnungen eine Lücke entstehen würde, so daß gewisse Angelegenheiten, die so oder so geregelt werden müßten, überhaupt ganz ungeregelt blieben, wodurch die Stabilisierung der Rentenmark in Gefahr gebracht werden würde. Gegen die Abänderung der Verordnungen auf dem Wege der normalen Gesetzgebung wendet sie sich mit dem Argument, daß durch sie neue Unsicherheit in das Wirtschaftsleben getragen werden würde, was dann wiederum eine Gefahr für die Stabilisierung bedeuten würde.

Was ist demgegenüber die Auffassung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion? Die Fraktion hat um so weniger die Absicht, die Stabilisierung der Rentenmark zu gefährden, als gerade sie immer aufs entschiedenste nach ihr gedrängt hat und das schwierige Werk unter ihrem Finanzminister, dem Genossen Hilferding, in Angriff genommen worden ist. Sie hat aber die Verantwortung für die einzelnen Maßnahmen, die die Regierung Marx treffen wollte, ausdrücklich dieser selbst überlassen und sich eine sachliche Stellungnahme zu ihnen vorbehalten. Daraus folgt, daß die Fraktion zwar nicht beabsichtigt, das Kind mit dem Bade auszuschütten, daß sie aber ebenso wenig das ganze Verordnungswerk der Regierung, wie diese es will, als ein Wimmeln Rührmischungen betrachten kann. Selbstverständlich will sie nur solche Anträge stellen oder annehmen, die nach ihrer eigenen Auffassung in der Gesamtwirkung nützlich sind. Sie kann sich aber von der Regierung nicht vorschreiben lassen, daß aus dem ganzen Werk nichts entfernt oder nichts an ihm geändert werden darf.

Hier also ergibt sich die Möglichkeit von Konflikten. Es kann so kommen, daß der Reichstag Anträge annimmt, die er selber für nützlich hält, während die Regierung darin einen schädlichen Einbruch in ihre Arbeit erblickt. Dann wäre die Auflösung die Folge.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat die gesamte Materie der Vorlagen an Ausschüsse geleitet, die ihr heute vormittag ihre Vorschläge unerbittlich stellen. Am Montag oder am Dienstag nächster Woche soll die Aussprache im Reichstag über die Vorlagen der Regierung beginnen; die Debatte und die sie abschließenden Abstimmungen werden für die weitere Entwicklung der Dinge entscheidend sein.

Für den Fall der Auflösung besteht bei allen Parteien der Wunsch nach einer möglichst frühen Ansetzung des Wahltermins. Man wird sich also auf einen kurzen, heftigen Wahlkampf gefaßt machen müssen, für den schon jetzt alle Vorbereitungen zu treffen sind.

Allerdings wird in Reichstagskreisen stark daran gezweifelt, ob die Regierung es wirklich so ohne weiteres auf einen Konflikt ankommen lassen will, von dem für die Stabilisierung der Mark vielleicht schlimmere Gefahren zu befürchten sind als von einer Abänderung ihres Verordnungswerkes im einzelnen. Auch können Gründe der Wahltaktik für sie kaum bestimmend sein, da die letzten Wahlen in den einzelnen Ländern nur eine Stärkung der äußersten Rechten und der ärmlichen Linken ergeben haben, aber keine Stärkung der Mittelpareien, auf die sie sich stützt.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist entschlossen, für ihr Verhalten nur rein sachliche Gründe geltend zu lassen, sie wird einen Konflikt weder überflüssigerweise herauf-



bekannt, noch ihm, wenn die Regierung und die bürgerlichen Parteien wollen, aus dem Wege gehen.

Die Frage, wann wir inmitten des Wahlkampfes um den neuen Reichstag stehen werden, ist somit vielleicht nur eine Frage von Tagen, sicher aber höchstens eine Frage von einigen Wochen. Die Ergebnisse der verschiedenen Landtags- und Gemeindevahlen lassen keinen Zweifel daran, daß die Partei dann in einem Kampf stehen wird, wie sie ihn schwerer kaum jemals geführt hat, von dessen Ausgang aber auch Ungeheures abhängt.

Zu wenig ist bisher den Massen des Volkes die Tatsache in das Bewußtsein gedrungen, daß jetzt von der Zusammenziehung des Reichstages auch die Zusammenziehung der Reichsregierung und die gesamte äußere und innere Politik des Reiches abhängt. Die Aufgabe ist, jedem Mann und jeder Frau aus den Massen des werktätigen Volkes klarzumachen, was ein Reichstag nach dem Vorbild des Mecklenburger Landtages für sie bedeuten würde. Das geschieht besser als durch Verlesungen, die nicht jeder besucht, und durch Flugblätter, die nicht von allen gelesen werden, durch die Aufklärung von Person zu Person. Zweifellos verdanken die extremen Parteien ihre vorläufigen Erfolge in erster Linie der Aktivität, die ihre Anhänger in dieser Beziehung entfalten.

Um den Gegenstoß führen zu können, dazu bedarf die Partei der hingebenden Mitarbeit aller Genossen und Genossinnen! Es handelt sich wahrhaftig nicht darum, ob die Reichstagsfraktion in dieser oder jener taktischen Frage richtig gehandelt hat, sondern es handelt sich darum, daß Recht und Kulturfortschritt der breiten, schaffenden Volksmassen nicht anders verteidigt werden können als im Kampf für die Sozialdemokratische Partei.

Ueber die nach den Besprechungen zwischen dem Reichskanzler und den Parteiführern sich ergebende parlamentarische Lage wurden dem Vertreter von M.W. von unterrichteter Seite Erklärungen abgegeben, die inhaltlich wie folgt lauten:

Den mit großer Mühe aus dem parlamentarischen Wirrwort zu Beginn des Monats Dezember im vorigen Jahr entstandenen Kabinett Marx hat der Reichstag in Erkenntnis seiner Unzulänglichkeit zu raschem, entschlossenem und durchgreifendem Handeln, wie es zur Rettung vor der drohenden Katastrophe erforderlich war, durch das Ermächtigungsgesetz vom 8. Dezember Vollmachten zum Erlass von Verordnungen gegeben. Die dem ständig wachsenden Unruhe gebieten sollten. In Erkenntnis ihrer schweren und verantwortungsvollen Aufgabe hat die Reichsregierung sich zu schnellstmöglicher Handlung entschlossen und auf Grund des Ermächtigungsgesetzes den Verordnungsweg beschritten. Schweren Herzens aber ohne Rücksicht auf die vielfältigen Kräfte über unermessliche Härten hat die Regierung eine Anzahl zum Teil sehr einschneidender Verordnungen erlassen.

Die Reichsregierung ist sich darüber klar, daß diese Verordnungen nicht vollkommen sind, denn in zwei Monaten können, zumal in solch kritischen Zeiten,

#### Leine, Kritik- und einwandfreien gesetzgeberischen Meisterwerke

über Materien geschaffen werden, deren gesetzliche Regelung in ruhigen und normalen Zeiten die Arbeit vieler Jahre erfordern würde. Aber die Not, aus der heraus diese Verordnungen entstanden sind, rechtfertigt deren Bestand; mehr aber noch rechtfertigt sie die Tatsache, daß in diesen zwei Monaten unser öffentliches Leben sich gesetzlich bewegt hat, Finanzen und Wirtschaft sich gefestigt haben. Das Ermächtigungsgesetz hätte keinen Sinn gehabt, wenn mit seinem Erlassen auch kein Zweck, seine Wirkung hinlänglich werden sollten. Wenn der Reichstag vor zwei Monaten nicht in stande war, der weitestgehenden gesetzgeberischen Aufgaben, die die Not der Zeit erfordern, mit der gebotenen Eile Herr zu werden, so kann er sich erst recht jetzt

wo die Wahlen vor der Türe stehen, unmöglich die Kraft zumuten, gerade die schwierigsten und umrittensten Punkte der erlassenen Notverordnungen zum Gegenstande positiver aufbauender Kritik und gesetzlicher Regelung zu

machen. Auch die grundlegenden Notverordnungen der Reichsregierung sollen nicht ewig gelten, aber sie sollen über die Not, in der wir uns immer noch befinden, hinweghelfen. Sie mögen verbessert, vervollkommen und abgeschafft werden, sobald wir aus der Zeit der Bedrängnis, des raschen Handelns und Helfens heraus sind.

Bis dahin ist es Pflicht der Regierung, das Recht zu schützen, das ihr der Reichstag mit der Verpflichtung zum Handeln im Ermächtigungsgesetz gegeben hat. Es geht nicht an, für Wirtschaft, Finanz und Volkswirtschaft lebenswichtige Fragen einer nicht allein sachlichen, sondern auch naturgemäß durch Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen beeinflussten Kritik und Revision auszuweichen und dadurch das durch das Ermächtigungsgesetz ermöglichte und eingeleitete Beruhigungswort zu gefährden.

Die Regierung sieht sich darum nicht in der Lage, eine der von ihr als lebenswichtig erkannten Verordnungen im jetzigen Zeitpunkt aufzuheben oder durch Initiativanträge des Reichstages ändern zu lassen. Auch von einer Behandlung der als lebenswichtig bezeichneten Verordnungen in den Ausschüssen ist keine Beunruhigung und neue Gefährdung für Wahrung, Wirtschaft und Recht zu befürchten. Am Bewußtsein der außerordentlich schwierigen Probleme, die in den Notverordnungen geregelt worden sind, und geleitet von dem Bestreben, jede Verbesserung in diesen Verordnungen vorzunehmen, ist die Reichsregierung indes bereit, in interfraktionellen Besprechungen die Vorschläge der Parteien, die gegebenenfalls dann in Initiativanträgen zum Ausdruck kommen können, entgegenzunehmen. Nur in sachlichen Besprechungen in einem interfraktionellen Ausschuss steht die Regierung unter den obwaltenden Umständen eine Gewähr dafür, daß die Notverordnungen nicht Gegenstand erregter unsachlicher Wahlkämpfe zum Schaden für Volk und Vaterland werden.

### Die Severing-Hetze lebt wieder auf.

Wie die „Waldenburger Zeitung“ meldet, hat der bekannte deutschbaltische Universitätsprofessor Freitag-Sorling in einer deutschnationalen Versammlung in Waldenburg behauptet, der preussische Innenminister Severing habe den Widerstand an der Ruhr sabotiert, er sei schuld am Tode des Schlageters, dessen Blut über ihn kommen möge. Damit wärmt diese Leuchte der Breslauer Universität und der „Deutschen Zeitung“ die Flammen der „Vergiß-Marktschen Zeitung“ wieder auf, die seinerzeit von der 3. Strafkammer des Oberlandesgerichts ausdrücklich als solche gekennzeichnet wurden, wenn auch der verantwortliche Redakteur auf Grund des § 193 (berechtigtes Interesse der Presse) ohne Strafe davonkam. Es ist eine erstaunliche Frechheit, daß ein Beamter es wagt, diese Flammen gegen einen Minister selbst dann noch zu verbreiten, wenn sie gerichtliche aufs schärfste zurückgewiesen worden sind. Aber der Freitag ist als deutschbaltischer Gelehrter und Heher ja weder mit jenem Gastrecht noch mit jenem Bergarbeiter auf eine Stufe zu stellen, die kürzlich wegen ähnlicher Dinge von einem Sachverständigen verurteilt wurden.

### Der bayerische Ausnahmezustand.

München, 19. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Durch eine Verordnung des Gesamtministeriums ist der Ausnahmezustand nunmehr auf die Gesamtregierung übergegangen. Die Befugnisse, die der Generalkommissar inne hätte, sind bereits neu verteilt; sie gehen, wie erwartet, auf die einzelnen Regierungspräsidenten über, für Oberbayern also wiederum in die Hände des Herrn v. Kahr, in München, Würzburg und Nürnberg in die Hände der Polizeipräsidenten. Die Beauftragten führen den Titel Staatskommissare. Sämtliche Behörden des Reiches (?), des Landes und der Gemeinden — mit Ausnahme der Gerichte, Staatsanwaltschaften und Militärbehörden — sind verpflichtet, ihren Anordnungen Folge zu leisten. Nach der neuen Verordnung sind die Schutzhaftebefehle schriftlich zu erlassen. Die der Verhaftung zugrunde liegenden Tatsachen sind ausführlich anzugeben. Der Schutzhaftebefehl ist den Verhafteten sofort bei der Verhaftung bekanntzugeben. Der Verhaftete ist spätestens am darauffolgenden Tage von einem ordentlichen Richter darüber zu vernehmen, ob und welche Einwendungen er gegen seine Verhaftung

zu erheben hat. Gegen die Verhaftung steht ihm jederzeit das Rechtsmittel der Beschwerde zu. Wird die Schutzhafte aufgehoben, so ist dem Geschädigten ein Entschädigungsanspruch zuzuerkennen. Infolge der vorübergehenden Aufhebung der Pressefreiheit können Druckschriften jeder Art zeitweise verboten werden. Im übrigen bleiben die Anordnungen und Verfügungen des Generalkommissars bis auf weiteres bestehen.

### Ludendorff-Garde.

München, 19. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Unter dem Ehrenvorsitz Ludendorffs hat sich eine deutschbaltische Studentenbewegung aufgetan, die auf die Hochschulen des gesamten deutschen Sprachgebietes ausgedehnt werden soll. Es handelt sich dabei um die Bildung einer extremen Kern- und Stoßtruppe in deutschen Hochschulen zu dem Zweck, alle anderen Tendenzen als die völkischen von Hochschulen fernzuhalten. In diesem Zusammenhang interessiert wohl eine mahnende Zuschrift an der Dienstadt des „Baltischen Kurier“, in der scharf verurteilt wird, daß gerade die völkischen Muffenbühnen in München Abend für Abend in einer Reihe von Bierlokalen sich besaßen, wobei das wilde Gröhlen des Hakenkreuzliedes eine Hauptrolle spielte und von Zeit zu Zeit schwanken stark gekrümmte Gestalten dem Auszug zu, leichenblau, aber mit leuchtender Augenbraue brüllten sie unablässig „Heil Heil“ durch das ganze Lokal. Wahrscheinlich wollen sie ihrer Hoffnung dadurch Ausdruck geben, bei noch Hause zu kommen. Diese Herren Studenten sind nach einem Schreiben Ludendorffs in dem er für den angebotenen und angenommenen Ehrenvorsitz dankt, die Verkünder der völkischen Bewegung, d. h. jener neuen Lebens- und Weltanschauung, die aus den Trümmern des Weltkrieges entstanden ist und das Deutsche Reich stark und frei und zum mächtigsten Träger alles Edlen in der Welt machen soll.

### Kahr und seine Freunde.

#### Nach dem Hofmann das Kreuzige!

Der Sonderberichterstatter des „Volk-Anzeigers“, der in den Tagen vor dem Ludendorff-Putsch keine Veränderungen an der Grenze zwischen Bayern und Thüringen entdecken konnte, berichtet seinem Blatt über den Rücktritt Kahrs und Lossows aus München:

... Und so erfährt ich in der Stadt, daß Kahr und Lossow zurückgetreten seien.

Der Generalkommissar und sein General. Man muß bekennen, daß die Leute auf den Straßen, die Fahrgäste in der Tram, daß sie alle sich offen darüber freuen. Sehr offen. Hier kann kein Zweifel sein. Und das weiß auch Herr v. Kahr. Man teilte mir mit, daß er vor kurzer Zeit einmal im Staatstheater erschienen, und daß daraufhin ein derartig böseartiger Lärm einsetzte, und so lange anhielt, bis er die Loge zu räumen gezwungen war.

Es gibt einen traurigen Fehler, den dieser Staatsmann beging. Dieser Fehler allein war entscheidend. Die stillschweigende, innerlich und äußerlich unerschütterliche Elegie, die Kahr in seinem höchsten Moment heute erscheinen läßt, ist ein geradezu peinliches, quälendes Vorbeigerede. Der Generalkommissar hat es nicht zu hindern verstanden, daß die Münchener Bevölkerung und darüber hinaus das ganze bayerische und deutsche Volk den Eindruck eines klaren Trostschlages bekommen. Treubruch aber verzeiht kein Volk ganz gleich, wie die Dinge in Wirklichkeit zu begründen sind. Das Volk ist wie die Frau und das Kind. Seine Erwägungen sind primitiv einfach, aber durchschlagend. Mit elementarer Gewalt vermag es seine Gesinnungen zu wechseln. Wie verandelt sich in Hoch und so konnte aus dem populären Kahr der bestbezahlte Mann werden; der heute nicht frei über die Münchener Straßen gehen darf.

Man kann dem hinzufügen, daß nicht nur die Leute auf der Straße, sondern auch gewisse Zeitungsschreiber und Politiker im Handumdrehen ihre Gesinnung wechseln. Und das sind die Gefährlicheren. Gerade die Leute, die heute über Kahr mit demselben Vergnügen Klatschgeschichten breiten, mit dem sie in den bürgerlichen Sumpfgässchen Thüringens herumwaten, haben vor noch gar nicht langer Zeit Kahr als einen zweiten Bismarck verherrlicht. Die Kampfmittel, mit denen die Deutschnationalen arbeiten, sind weniger durchschlagend als einfältig und peinlich.

## Der tapfere Dichter.

Von Joseph Roth.

Die Tradition des polnisch „indifferenten“ deutschen Dichtermannes gebet Schweigen in allen Fragen des öffentlichen Lebens. Vor der Revolution war diese Schweigsamkeit gerade noch vernehmbar, heute ist sie betäubend. Sie überläßt das barbarische Geräusch der Reaktion und den gellenden Todesruf ihrer Opfer. Niemand hat die deutschen Dichter so laut gesprochen, wie sie jetzt schweigen.

Seit Goethe halten sie es für ihre Pflicht, die obligate wirkliche und metaphorische „Reise nach Italien“ zu unternehmen, die eine Pflicht vor Deutschland ist, — aber niemals eine zugestandene. Immer war es eine vorgetäuschte „innere Notwendigkeit“, die verwerflichen, unwürdigen Zustände des nationalen, politischen, sozialen Daseins zu vergessen und von den helleren Himmeln anderer Nationen das sogenannte „innere Gleichgewicht“ zu entnehmen. Ach! wie leicht erhebt man das innere Gleichgewicht! Es wurde wenigstens niemals hörbar erschüttert. Nicht, als Eisner und Landauer, Lugensburg und Liebknecht und tausende Arbeiter ermordet wurden, nicht, als Fehdenbach ins Zuchthaus wanderte, nicht, als Kahr den Thron „platzhaltend“ bestieg und in München die Republik begraben wurde. Immer sitzen sie in einem Schwabing, die Dichter. Es ist kein geographischer Begriff mehr, sondern ein symbolischer.

Der ruht von der Feier seines eigenen Geburtstages aus und ferner fährt durch die Städte und hält Vorträge über sein offizielles Erlebnis. Er wohnt in München und erlebt nicht die Materialisation der Brutalität: Adolf Hitler — sondern die Materialisationsphänomene des Schändens. Aber die phänomenalen Ereignisse der deutschen Reaktion heht er nicht. Er ist ein „deutscher Dichter“. (Etwas vom Begriff des kaiserlichen Gottesgnadentums hat er seiner „Berufung“ an.)

In Deutschland trennt man „Politik“ von „Poetik“. Der Dichter, aus dem Gefüge seiner Zeit, seiner Klasse gelöst, lebt in einer abstrakten „Heimat“. Kein Wunder, daß ihn die metaphysischen Wunder mehr interessieren, als die irdischen, als diese Geschicknisse: Fehdenbach, München, Diktatur, die dadurch, daß eine Republik ihr Geburtsort ist, wunderbarer werden, als sämtliche Geisteserscheinungen in Deutschland.

Man weiß nicht, ob es Hochmut ist oder Indolenz, dieses peinliche, schmerzhafteste Schweigen. Es ist jedenfalls vorhanden, man hört es und es verurteilt selbst diejenigen, von denen es ausgeht.

Diese Vorrede war notwendig, um eine Erklärung zu erklären, die in allen anderen europäischen Ländern eine Selbstverständlichkeit wäre und bei uns eine Tat ist. Heinrich Mann, seit Jahren der einzige Rufes von Geist im brüllenden Streit der reaktionären Barbaren (des Geopolitikers, des Nationalismus, des völkischen Gedankens), schreibt ein Buch: „Die Diktatur der Vernunft“, in dem folgende Sätze stehen:

„Ihr (der Bürger) Anblick zwingt den Unschuldigsten, zu fragen, was sie denn, außer Rassen, noch können — da sieht er; nichts. Gegen sie waren Konard und Generalstab humanistische Genies. Einer von ihnen hatte gerade mit Hilfe eines Agenten, der vom Balkan kam, die Mehrheit der Aktien einer Berliner Bank heimlich

und hinterücks an sich gebracht. Dann ging er in eins der Parlamente und sprach — der Sach kam vor —: „Ich kann meine Zeit produktiver anwenden, als hier!“ Mit Balkangehäßen. Derselbe wurde von einem Berichterstatter gefragt, für wen er eigentlich so unheimlich viel Geld verdiene. Er hätte natürlich lachen müssen: Für den Aufbau der deutschen Wirtschaft. Oder: für Deutschland. Oder: für die Welt. Aber nein, er verzog sich. Für wen er so viel Geld verdiene? „Für meine Kinder“ sagte er schlüch.

„Industrielle beider feindlicher Länder fanden sich, nach vollbrachter Tat, dort zusammen, um zu bezeugen, was sie vollbracht hatten. Die Herren verließen ihre starken und glänzenden Autos. Obwohl von feindlicher Herkunft schritten sie im besten Einvernehmen über die Sättel ihres Wagens. Es war ihr gemeinsames Wirken. Die Feindschaft war in Wahrheit Arbeitsgemeinschaft.“

„Es gibt heute kaum noch vorgeschrittene Weltigkeit, ohne einen gewissen Internationalismus. Er wird bedingt schon durch die Qualität der Nationalisten.“

Wie viele Dichter von Ansehen und Rang schreiben noch so in Deutschland? Wen von ihnen kümmert das Parlament, dieser Stinnes, diese Industrie, dieser Patriotismus? Wäre dieses Buch von Heinrich Mann selbst nicht so geistreich, selbst nicht so von musikalischem Rhythmus, vom edelsten dichterischen Atem durchweht, wie es ist, — es müßte nur als eine deutsche Kuriosität verzeichnet und verbreitet werden, zur Erläuterung der Anständigkeit, zur Beschämung der schweigenden Dichter. Ich fürchte nur: sie werden sich nicht schämen. Auch sie sagen: ihr Reich sei nicht von dieser Welt, und glauben sich dadurch berechtigt, zusehen zu dürfen, wie die anderen getötet werden. In einigen Jahren, wenn die Republik eine Legende geworden, wird sie ihnen das gegebene „distanzierte“ Thema geworden sein. Denn ihr Bild ist so auf die Nachwelt gerichtet, daß sie an dem Untergang der Welt teilhaben werden.

### Vertieftes Auslandsstudium.

Diese Hände strecken sich nach Rußland hinüber: Italien hat Anschluss an Rußland gefunden, und England will endlich die Sünden seiner Diplomaten wieder gutmachen und eine feste verbindende Brücke nach Rußland hinüber schlagen. Mit weitestgreifender Energie nimmt England das Studium der slavischen Sprachen, und zwar das nationenwissenschaftliche Studium auf, dem das deutsche Seminar für orientalische Sprachen so glänzenden Bahn gebrochen hat. England hat das „Slawische Institut“ an der Londoner Universität gegründet und betätigt dort die Arbeitsmethode des deutschen Orientalischen Seminars. Sir Bernhard Pares, Professor an diesem „Slawischen Institut“, erklärt das nationenwissenschaftliche Studium für eine Notwendigkeit für die gründliche Information der Regierung und der Öffentlichkeit. Die Erfahrungen des Weltkrieges müsse man sich unbedingt zu nütze machen, und eine Reform des ganzen Sprachstudiums dränge sich unmittelbar der Regierung auf.

Jenseits des Ozeans horcht aber die große angelsächsische Regierung auf dieser europäischen Vorgänge hoch auf und schnell entschlossen, errichtet sie eine besondere Auslandschule zur Vertiefung des Auslandsstudiums.

Deutschland erfreut sich nun seit 1887 einer Hochschule, an der das nationenwissenschaftliche Studium systematisch gepflegt wird: des Seminars für orientalische Sprachen. Dieses Studium dringt planmäßig in die Gegenwartsvorbereitung fremder Völker ein, erforscht die wirtschaftlichen, rechtlichen und kulturellen Lebensbedingungen dieser Völker und schafft so die Voraussetzungen für ein gezieltes fruchtbares Zusammenarbeiten mit diesen. Das Orientalische Seminar ist das einzige Institut, das an der Hand eines höchst intensiven Sprachenbetriebs eine gründliche Kenntnis des modernen Rußlands vermittelt. Und zu diesem nationenwissenschaftlichen Studium werden an dem Seminar in weitestgehender Weise auch die Männer der wirtschaftlichen Praxis zugelassen, denn die Wünsche deutscher Auslandsinteressen drängen am Herzen liegt.

Heute sind einflussreiche Kreise an der Arbeit, um dieses Institut, das allein im letzten Semester 700 Hörer zählte, systematisch auszubauen. Man lasse sich nicht irreführen: In dem Kampf um sein oder Nichtsein des Orientalischen Seminars handelt es sich nicht um eine kleinliche Streiterei, nicht um ein niedriges Professorengeank, sondern um ein deutsches Lebensinteresse. Will Deutschland keine europäische Kulturmission erfüllen, so muß es in den Gegenwartsvorbereitungen dieser Völker intensiv leben. Das hat Deutschland vor 37 Jahren klar erkannt und die Engländer und Amerikaner sind ihm in dieser Erkenntnis gefolgt. Will Deutschland nun auf einmal den Krebsgang antreten?

Deutsche Handwerkskultur. Die anregende Bedeutung, welche der Ausstellung für deutsche handwerkliche Keramik und Weberei in der Unterrichtsanstalt des staatlichen Kunstgewerbemuseums beigemessen wird, trat anlässlich einer Führung und Aussprache zutage, welche für die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft für Deutsche Handwerkskultur angeschlossenen Verbände stattfand. Der Reichskunstwart Dr. Redlob als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft wies auf die Eigenart der Ausstellung hin, die keine ästhetische Auslese, sondern einen Querschnitt durch die Arbeit der handwerklichen Werkstätten geben wolle, um eine sachliche Grundlage zur Auseinandersetzung mit fremden Problemen des deutschen Handwerks und Kunstgewerbes zu geben. Vertreter des Bundes Deutscher Architekten, vor allem der Vorsitzende der Ortsgruppe Brandenburg, Professor Straumer, betonten den Wert der Ausstellung für den Architekten, der bauend und einleitend, einen Zusammenhang mit der gesamten Handwerksarbeit brauche. Vom Standpunkt der fernöstlichen Tradition aus wurde die Ausstellung durch den Vorläufer märkischer Töpferkunst, Gerike, Weiten, als ein Markstein bezeichnet, da durch die hier geschaffene Uebersicht die Anregungen auf technischem und künstlerischem Gebiet in der Zeit einer neuen Belebung der handwerklichen Töpferei zum Segen der Hocharbeit nutzbar gemacht werden würden. Weithin äußerte sich der Leiter der Berliner Werkfachschule Fleming für das textile Gebiet. Außerdem wurde auf die Bedeutung der Veranstaltung für Mode und Frauenhandarbeit hingewiesen. Besonders stark wurde der Wert der ausgestellten Töpfereien für Gartenkunst und Blumenzucht durch den an ihrem Aufbau mitbeteiligten Architekten Körtgen betont. Der Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Kaiser-Hannover gab



## Rechtsregierung in Thüringen?

Weimar, 19. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In der ersten Sitzung des dritten Thüringer Landtages wird neben der Wahl des Landtagspräsidenten auch die Wahl der Regierung vorgenommen werden. Bei der Präsidentschaftswahl und der Wahl der Regierung wird der völkische Block mit dem Ordnungsbund zusammengehen. Als kommende Minister werden genannt Dr. Sattler, ein ehemaliger Meiningener Landrat, Dr. Döle-Sondershausen und Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Leutheuser-Jena. Die Regierung soll von drei Ministern und vier Staatsräten gebildet werden. Als Staatsräte werden der ehemalige Staatsminister Dr. Paulsen-Weimar, Tell-Wittenburg und Liebetrau-Gotha genannt. Die völkische Fraktion beteiligt sich nicht an der Regierung, will aber eine Regierung unterstützen, die nur aus deutschblütigen, nicht-marxistischen Männern besteht, die national ist, sozial handelt und die christliche Religion in Schule und Haus ohne Unterschied des Bekenntnisses unbedingt schützt.

## Der mecklenburgische Landtag.

Das vorläufige Gesamtergebnis der mecklenburgischen Wahlen ergibt:

für die Deutschen 10 Sitze,  
die Völkischen 12,  
die Volkspartei 5,  
Wirtschaftspartei 1,  
Demokraten 2,  
Sozialdemokraten 15  
und Kommunisten 9 Sitze.

## Ein Reiseabenteuer Crispiums.

Teilnehmer der Luxemburger Konferenz im besetzten Gebiet verhaftet.

Am letzten Montag passierte eine internationale Gesellschaft von Sozialisten, von der Luxemburger Konferenz kommend, das besetzte Gebiet. Sie bestand — Gen. W. Braun war schon vorausgegangen — aus den Genossen Crispium, Dr. Otto Bauer aus Oesterreich, dem polnischen Abgeordneten Dr. Diamand, den Russen Abramowitsch und Dan und dem Ukrainer Bep-palko. Der Regiezug bewegte sich im Schienenverlauf auf Trier, die Genossen unterhielten sich, unbeeinträchtigt um einen Zivillisten, der ihre Gespräche mit gespanntem Interesse belauschte. In Trier forderte der Zivillist in todeslosem Deutsch die Genossen auf, ihre Ausweise vorzuzeigen, und wies sich auf Verlangen selbst als ein Detektiv der französischen Militärpolizei aus. Es folgte ein längeres Verhör; die Genossen erklärten, sie kämen von einer Konferenz der Sozialistischen Internationale in Luxemburg, worauf der Detektiv bemerkte: „Na, das muß ja eine ganz neue Partei sein!“

In Koblenz angekommen, wurde die ganze Gesellschaft verhaftet. Man brachte sie in ein Zimmer, in dem es von deutschsprachenden Jünglingen, sämtlich Angehörige der französischen Polizei, wimmelte. Ihrem Wunsch, dem Bahnhofskommandanten vorgeführt zu werden, wurde nicht stattgegeben, vielmehr erfolgte ein neues hochnotpeinliches Verhör durch einen französischen Polizeikommissar. Sämtliche Gepäcksstücke wurden durchwühlt und alle Schriftstücke sorgfältig in Augenschein genommen. Von einer Beschlagnahme wurde erst abgesehen, nachdem die Genossen erklärten, daß sie für diesen Fall die Protokollierung des Inhalts sämtlicher beschlagnahmten Schriftstücke verlangten. Eine Beschwerde über diese Schikanen wurde mit der Bemerkung beantwortet: „Das hätte Ihnen in Bayern oder in Sachsen auch passieren können“, und auf eine Aeußerung, es sei schade, daß die französischen Genossen Brade und Longuet dies nicht miterlebten, ließ es höhnisch: „Brühen Sie Ihren Genossen Longuet!“

Damit waren die Genossen wieder entlassen. Obwohl der unfreiwillige Aufenthalt mehrere Stunden beanspruchte hatte, erreichten sie nach dem fahrplanmäßigen Zug. Denn die Regiebahn läßt sich Zeit, und man kann im besetzten Gebiet ziemlich lange verhaftet sein, ohne deshalb den nächsten Anschluß zu verpassen.

einen Überblick über die wirtschaftliche Lage der selbständigen Handwerksbetriebe und berichtet über die entscheidende Forderung, welche die bisher von der Arbeitsgemeinschaft einmündigen Ausstellungen sowie die Begründung einer Handelsgesellschaft für Handwerk und Volkskunst erzielt hatten.

Der Chemiker als Kunstschaffender. Zum erstenmal ist der Chemiker als Sachverständiger in einem Kunstprozess von ausschlaggebender Bedeutung gewesen. Es handelte sich um ein Werk des französischen Impressionisten Renoir, dessen Echtheit der Käufer vor einem Pariser Gericht angezweifelt. Die chemischen und mikroskopischen Untersuchungen der Farbe, die von den herangezogenen Sachverständigen durchgeführt wurden, zeigten, daß Farbe und Material nicht zu Renoirs Stil stimmten, und daraufhin wurde dem Käufer das Recht des Schadenersatzes dem Verkäufer gegenüber zugesprochen.

Amerikanische Quacksalber. Aus New York wird der Tod eines Mannes gemeldet, der vor einigen Jahren durch seine zahlreichen Wunderkuren in der ganzen Welt von sich reden gemacht hat. Es war ein Dr. Abram, ein Wortführer der elektrischen Heilpraktiker, und ein Mann, der sich ausgezeichnet auf Reklame verstand. Vor etwa zehn Jahren hatte Dr. Abram einen „elektrisch-dialytischen Apparat“ erfunden, der angeblich sogar in den schwierigsten Fällen die richtige Diagnose stellen konnte. Da er sich weigerte, das Geheimnis seines Apparates zu verraten und auch einer Aufforderung, die Konstruktion in einem Vertriebsblatt darzulegen, nicht nachkam, wurde er öffentlich für einen Schwindler erklärt und von seinen Kollegen boykottiert. Aber das Mißtrauen der Wissenschaft konnte das Vertrauen des Publikums nicht erschüttern, und in sein Wohnzimmer strömten tagaus, tagein Hunderte von Kranken. Er war seinerzeit der gefürchtetste Arzt von New York. Nach seiner Theorie bestanden alle Krankheiten in Störungen der „elektrischen Energie“ des Blutes; er behauptete, sein Apparat verdränge alle diese Störungen und stelle sofort die richtige Diagnose. Er wollte sogar mit diesem Apparat feststellen können, welcher Rasse und Religion seine Patienten angehören. Endlich fandte ein berühmter Arzt in San Francisco unter solcher Angabe eine Blutprobe zur Untersuchung an Dr. Abram, der auch prompt ein Dutzend Krankheiten des „Patienten“ aufzählte. Am Tage nach dem Empfang dieser Diagnose veröffentlichte der Arzt das Schreiben Abrams in den Blättern und teilte gleichzeitig mit, daß die Blutprobe gar nicht von einem Menschen, sondern von einem Huhn stammte.

Gemeinschaft protestantischer Musikanten. Am Freitag, den 22. und Samstag, den 23. d. M., abends 8 Uhr, findet in der Singalmühle (Kleinmühlendamm) das zweite Chorconcert statt. Ausführende Mitglieder: Chor Stroh-Terlin und Rüdiger (Chor) unter Leitung von Julius Lorenz. Das Programm bricht ab mit Chören von Mendelssohn, Dorn, und Heinrich Schütz die biblischen Szenen. Karten bei Dörsch, Angelier 2/24.

Der Schachverband deutscher Schriftsteller hat in seiner Hauptversammlung den neuen Vorstand für das Jahr 1924 gewählt: 1. Vor. Dr. Alfred Zöllner, 2. Vor. Dr. Theodor Dörmann, 1. Schach. Karl Ernst Kraus, 2. Schach. Dr. Leon Seifert, 1. Schrift. Dr. Karl Bauer, 2. Schrift. Rudolf Leonhard, Schrift. Robert Deumer, Dr. Hugo Dörmann, Dr. Romy Sachs, Hermann Riens, Hedder von Jodewitz.

## Wie ein Hund behandelt...

Die Arbeiterflucht aus dem Zentrum.

Aus dem Ruhrgebiet wird uns geschrieben:

Das Zentrum wird bei den kommenden Wahlen einen sehr schweren Stand haben. In den christlichen Gewerkschaften des Industriegebietes gärt es schon seit geraumer Zeit, besonders seit Abbruch des passiven Widerstandes. Erst in den letzten Tagen wurden wieder verschiedene Entlassungen der christlichen Arbeiter bekannt, die sich gegen die unternehmerfreundliche Politik des Reichsarbeitsministers wenden. Was die christlichen Arbeiter aber besonders scharf gegen ihre Führer in den Gewerkschaften aufbraucht, ist vor allen Dingen deren völliges Versagen in der Frage des Achtstundentags. Aus dieser erregten Stimmung heraus ist die „Christlich-soziale Volksgemeinschaft“, das neue Parteigebilde der christlichen Arbeiter, gegen den rechten Flügel der Zentrumspartei entstanden. Eine am 10. Februar in Essen stattgefundene große Kundgebung hat gezeigt, daß die neue Partei der christlichen Arbeiter dem Zentrum sehr gefährlich werden kann und daß sie bis zu den nächsten Wahlen schon eine ansehnliche Gefolgschaft hinter sich haben dürfte. In dem zweimal wöchentlich in Dortmund erscheinenden Organ der neuen Partei wird die erbeiterfeindliche Politik des Zentrums besonders scharf gebrandmarkt. Wie breit der Riß bereits läuft, zeigt ein Beitariffel, in dem es u. a. heißt:

„Was haben die katholischen Arbeiter im Zentrum erreicht in ihrem Streben um politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Höherwertung? Man komme doch da nicht immer mit den alten, abgelebten Agitationsphrasen von der sozialen Fürsorgefertigkeit, die durch das Zentrum geleistet worden sei, und betone dann aber bittend und offen, ob nicht irgendwo besondere Absichten damit ausschlaggebend waren. Jedenfalls dürfen wir mit Fug und Recht behaupten, daß selbst heute auch im Zentrum der Arbeiter mehr eine Singsage ist, die man notwendig braucht, als etwas wirkliches, gleichberechtigtes Glied. Im übrigen verstehen wir eine andere „Belehrung“ als wie sie mancherorts üblich zu sein scheint, wo man den Mitgliedern erklärt, „Armut ist ein Geschenk Gottes!“ „Selig sind die Armen im Geiste!“ Solche „Belehrung“ ist alles andere als angepaßt in einer Zeit, in der das Schaffende Volk vor Elend nicht ein noch aus weiß.“

Das plötzliche Vergehen des Gewerkschafts Christlicher Bergarbeiter gegen den Reichsarbeitsminister wegen seiner Stellungnahme in der Frage des Lohnabbaus und der Schichtverlängerung zeigt ebenfalls, wie groß der Riß im Zentrum bereits geworden ist. Der Gewerkschaftsleiter legt z. B. gegen die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspräsidenten Vermahrung ein und befehlt den Reichsarbeitsminister, daß es seine Pflicht sei, in sozialem Geist zu wirken und eine zu weit gehende Ausbeutung der im Augenblick wirtschaftlich schwachen Bergarbeiter zu verhindern! Unter der Ueberschrift „Die Wälderherrschafft im Ruhrbergbau“ schreibt „Der christliche Bergknappe“ in diesem Zusammenhang u. a.:

„Auf den Felsen herrscht das Scharfmachertum wie selten zuvor. Die Brutalität der Unternehmer nimmt immer schärfere Formen an. Der hungrige Bergmann wird wie ein Hund behandelt. Die vorhandene Ration wird zu trübseliger Ausbeutung der Bergleute ausgenutzt. Wer gegen die Wälderherrschafft Front macht, wird brutal auf die Straße geworfen. So können die Dinge nicht weitergehen.“

Was die Forderungswahligen den Bergarbeitern zurzeit zu bieten wagen, ist eben auch den Christlichen allmählich zu viel. Hat doch dieser Lage beispielsweise der Mülheimer Bergwerksverein (Zeche Hagenbeck) sich nicht geknecht, den Invaliden und Witwen des Werkes, die bislang Hausbrandlohe Lezogen, einfach die Kohle zu entziehen. Das ist der Dank für die opferwillige Teilnahme der Bergarbeiter am Wiederaufbau des zusammengebrochenen Vaterlandes. Der durch die Brutalität der Unternehmer erzeugten Stimmung unter den Bergarbeitern sucht die „Christlich-soziale Volksgemeinschaft“ nun gegen das Zentrum Rechnung zu tragen. In ihrem Programm wird ein entschiedenes Bekenntnis zur demokratisch-republikanischen Staatsverfassung abgelegt. Auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik wird grundsätzlich der Abbau der liberal-kapitalistischen Wirtschaftsordnung und Ueberführung der Produktion auf das Genossenschaftsprinzip gefordert. Weitere Forderungen sind: Sicherung des Koalitionsrechts, ausreichender Arbeiterschutz, Sicherstellung eines unbedingt ausreichenden Einkommens, die Durchführung einer gerechten Steuerreform, entscheidende Mitwirkung von Laienrichtern unter Abkehrung jeglicher Klassenjustiz und tatkräftiges Eintreten für allgemeine Wählerveröhnung im Geiste des christlichen Sozialismus.

## Geißelsystem in der Pfalz.

Landau, 19. Februar. (WTB.) Das Bürgermeisteramt von Landau mußte am 16. Februar folgende Bekanntmachung erlassen:

„Bekanntmachung des Delegierten der Interalliierten Rheinlandkommission! In Landau wurde dem Bürgermeisteramt eröffnet, daß eine Liste von Geißeln aufgestellt worden ist, die für die Sicherheit der Separatisten, ihrer Familien und ihres Eigentums hofien. Die Namen der Geißeln wurden nicht angegeben. Die Liste weist einen Bürgermeister, einen Apotheker, einen Rechtsanwalt, einen Zeitungsvorleger, einen Notar und einen Stadtrat auf. Für Tumult- und Aufruhrschäden wird die Stadt Landau mit ihrem gesamten Vermögen haftbar gemacht. Im Hinblick auf diese Maßnahmen wird die Bevölkerung ersucht, die Ruhe und Ordnung nicht zu stören.“

Es ist bemerkenswert, daß die Geißeln sämtlich Personen sind, die anlässlich des Empanges der Platzverweise durch Generalconsul Cline seinerzeit energisch gegen den Separatistenterror gesprochen haben. Bei der Bevölkerung herrscht die größte Bestürzung.

## Bestimmungen der Rheinlandkommission.

Koblenz, 19. Februar. (WTB.) Die Rheinlandkommission veröffentlicht folgende Bekanntmachung:

Das durch die Oberkommission in der Pfalz eingesetzte interalliierte Spezialkomitee hat im Einvernehmen mit dem Kreisrat die dringlichsten Maßnahmen bezüglich der Wiederherstellung der Ordnung und der öffentlichen Verwaltung geprüft. Der ständige Ausschuss des Kreisrates hat die Aufgaben beauftragt, die er provisorisch übernommen hat, sowie die Verantwortung, die er der Befehlshaberbehörde gegenüber auf sich genommen hat.

1. Jeder Akt der Repressalie, wie immer er auch beschaffen und gegen welche Partei auch immer er gerichtet sein mag, ist strengstens untersagt und zieht seine Urheber Strafmahnahmen seitens der alliierten sowie auch der deutschen Behörden aus.

2. Die Entwaffnung der Bevölkerung wird auf das strengste weiter durchgeführt. Das Tragen und der Besitz von Waffen im Widerspruch mit den Bestimmungen der Verordnung der Kommission wird durch die in Kraft befindlichen Strosbestimmungen geahndet.

3. Die Aufmerksamkeit sämtlicher Behörden sowie der Bevölkerung wird auf die Bestimmungen der Verordnungen der Rheinlandkommission gelenkt, besonders bezüglich der persönlichen Ver-

einigungen in der Verordnung 245, die im Artikel 1 folgendes bestimmt: Es sind mit voller Befehlsmacht alle Vereinigungen, deren Zweck oder Tätigkeit gegen die öffentliche Ruhe, Sicherheit oder gegen die Armeegericht sind, verboten.

## Die Reichseinnahmen im Januar.

Die Januareinnahmen spiegeln die ungeheure Arbeitslosigkeit im Rückgang der Reichseinnahmen aus Lohnsteuer wider, auf der anderen Seite zeigt sie die Riesenlast der Umsatzsteuer und — was erfreulich ist, das Ansteigen so mancher jahrelang bedeutungslosen Steuereinnahme, die erst durch die von der Sozialdemokratie dauernd verlangte Stabilisierung der Mark begünstigt, realen Wert zu bekommen.

Uebersicht der Einnahmen des Reichs an Steuern, Zöllen und Abgaben für den Januar 1924.

(Die Angaben einer Anzahl Klassen des besetzten Gebietes fehlen.)

Bezeichnung der Einnahmen	Einkommen sind in Goldmark
<b>A. Besitz- und Verkehrssteuern.</b>	
a) Fortdauernde Steuern.	
Einkommensteuer: a) aus Lohnabzügen	74 716 806
b) andere	90 079 723
Körperschaftsteuer	24 902 988
Steuerabzug vom Kapitalertrag	114 402
Kapitalertragsteuer	8 162
Reichsmonopol	19 650
Abgabe nach § 37 des Vermögenssteuergesetzes	8 142
Vermögenssteuer nebst Aufschlag	21 409
Vermögenszuwachssteuer	—
Besitzsteuer	308
Erbsteuer	112 554
Umsatzsteuer: a) allgemeine	98 407 946
b) erhöhte	5 787 457
Grundsteuer	659 703
Kapitalverkehrssteuer: a) Gesellschaftsteuer	2 902 889
b) Wertpapiersteuer	415 401
c) Börsenumsatzsteuer	22 683 880
d) Aufsichtsteuer	212 324
Kraftfahrzeugsteuer	1 271 551
Versicherungssteuer	1 759 844
Rennt- und Lotteriesteuer: a) Totalisatorsteuer	16 331
b) andere Renntsteuer	97 507
c) Lotteriesteuer	206 495
Wohlfühlsteuer	3 843 730
Stempel von Frachtturkunden	—
Beförderungsteuer: a) Personenbeförderung	387 314
b) Güterbeförderung	1 728 175
Zuwachssteuer	—
Reichssteuerabgaben von:	—
a) Gewinnanteilschein- und Zinsbogen	—
b) Geldumlagen	—
c) Grundstücksübertragungen	—
Summe a 840 871 601	

<b>b) Einmalige Steuern.</b>	
Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs	2 504
Außerordentliche Kriegsabgabe von 1919	690
Beibrückung	6
Rhein-Auhr-Abgabe:	—
a) von Einkommensteuerpflichtigen	54 856 501
b) von Körperschaftsteuerpflichtigen	16 169 908
c) von Kraftfahrzeugsteuerpflichtigen	256 239
Außerordentliche Abgabe von Betrieben:	—
a) Arbeitgeberabgabe	9 679 059
b) Landabgabe	1 722 246
Summe b 82 187 459	
Summe A 422 659 091	

<b>B. Zölle und Verbrauchssteuern.</b>	
Zölle	9 638 300
Köfiensteuer	84 500
Zaktabsteuer:	—
a) Zaktabsteuer	4 104 811
b) Zaktabsteuerzuschlag	623
c) Zaktabsteuerzuschlag	1 659
Viersteuer	7 938 684
Weinsteuer	4 897 249
Mineralwassersteuer	29
Aus dem Branntweinmonopol:	
a) Einnahme aus der Branntweinverwertung	3 421 504
b) Freigeib	2 108
Eisigsteuer	49 412
Gudersteuer	8 778 054
Salzsteuer	1 502 142
Händewarensteuer	417 918
Leinwandsteuer	198 998
Spielartensteuer	46 220
Statistische Gebühr	101 557
Aus dem Süßstoffmonopol	44 859
Summe B 41 226 763	

<b>C. Sonstige Abgaben.</b>	
Ausfuhrabgaben des Reichsfinanzministeriums	104 869
Ausfuhrabgaben des Reichswirtschaftsministeriums	21 894
Wortverforgungsabgabe	89 760 588
Summe C 89 678 064	
Summe A-C 593 463 968	

Einkommensteuer, Umsatzsteuer, Körperschaftsteuer, Brotabgabe und Börsenumsatzsteuer bildeten im Januar 1924 die Haupteinnahmequellen des Reichs. Viele Steuern — man betrachte im besonderen die Zölle und Verbrauchssteuern — bringen auch heute noch kaum die Kosten für einige Finanzbeamte auf. Dennoch hört man nichts von einer vernunftgemäßen Wende.

Bei der Uebersicht der Reichseinnahmen ist naturgemäß nicht erkennbar, was davon im besonderen von den wichtigsten Steuern die Länder abfließt. Durch die dritte Steuerreformordnung werden die Ueberschüsse wesentlich erhöht. Daneben bekommen die breiten Massen zu den Reichsteuern im besonderen die Mietzinssteuer aufgegeben. Sie wird voraussichtlich ebensoviel ausmachen wie die Lohn- und Gehaltsbesteuerung!

Gegenüber dem Dezember sind die Reichseinnahmen im Januar beachtlich gestiegen. Sie betragen damals 312 Goldmillionen, dagegen im Januar rund 504 Goldmillionen.

## Konflikt in der Arbeiterpartei?

London, 19. Februar. (WTB.) Heute erfolgte im Unterhaus die erste offene Herausforderung an die Regierungsbank durch die radikalen schottischen Mitglieder der Arbeiterpartei, die Protest erhoben, daß die Reihenfolge der Fragen so geordnet worden sei, daß die Fragen der schottischen Mitglieder nicht erledigt würden. Buchanan, eines der Glasgower Mitglieder, fragte unter Heiterkeit der Opposition, ob die Regierung, nachdem sie die schottischen Mitglieder beleidigt habe, indem sie ihre Vertretung auf der Regierungsbank auf zwei Mitglieder beschränkt habe, versuchen werde, einen Tag in jeder Woche zu bestimmen, wo schottische Mitglieder ihre Fragen mündlich beantwortet erhalten könnten.



# Gewerkschaftsbewegung

## Einheitsfront in der Hand- und Kopfarbeiter-Union.

Bei uns liegt die Abschrift eines Schreibens der „Reichszentrale“ an der Union in Weissenkirchen an das Vollzugsbureau der Roten Gewerkschaftsinternationale in Moskau. Darin wird Klage geführt gegen das Mitteleuropäische Bureau und das Vollzugsbureau der I. S., weil mit deren Einverständnis die Reichsgewerkschafts-Abteilung der R.P.D. einen Max Müller nach Weissenkirchen geschickt hat, der eine Verbindung mit Gustav Sobotta in Bochum einen neuen Baden aufgemacht hat.

In Bochum befindet sich eine Zentrale, bestehend aus zwei erfolgten Angehörigen, während in Weissenkirchen ebenfalls eine Zentrale aus noch im Arbeitsverhältnis stehenden Genossen existiert. Beide Körperschaften glauben die rechtmäßige Zentrale zu sein. Die Bochumer Zentrale gibt eine Zeitung heraus, die Beschimpfungen und Verleumdungen in sich birgt. Die Weissenkirchener Zentrale... muß auf die Angriffe... antworten.

Das Vorgehen Müllers wird als ein „offener Verrat“ an der deutschen revolutionären Bewegung bezeichnet.

Weiter wird darüber gesagt, daß im übrigen Deutschland führende Genossen der R.P.D. verlustig, Mitglieder der Union den Internationalen Gewerkschaften zuzuführen. „Das ist in Leipzig durch ein Genossen Schönbach geschehen, in Oberschlesien durch ein Genossen Krenal und Smolka, im Borsener Braunkohlengebiet durch den Genossen Hüder. Welche Tendenzen werden uns in dem niederschlesischen Kohlengebiet und aus dem Hammer Gebiet in Westfalen gemeldet.“

„Für mich, daß unsere Organisation eine Reichsorganisation ist, demnach haben rheinische R.P.D.-Mitglieder nicht das Recht, Zentralmitglieder abzuschließen, sondern darüber muß der gesamte Reichsmitgliederrat sprechen. Wie schon angedeutet, glauben die rheinischen R.P.D.-Mitglieder die Befugnisse zu besitzen, die Reichszentrale aufzulösen, den Bezirksleiter sowie sämtliche Agitationsbezirksleiter unseres rheinisch-westfälischen Bezirkes ihres Amtes zu enthoben. Dieser Schritt bedeutet, über die Hälfte der verantwortlichen Funktionen der Gesamtorganisation auszuweisen. Dieser Schritt stellt de facto die Spaltung der Organisation dar. Der Genosse Müller tat diesen Schritt, wie er sagte, im Auftrage des R.P.D., M. sah dann in Bochum eine neue Bezirksleitung ein und begann von dort aus eine äußerst perspektive und organisationschädigende Arbeit. Müller verhandelte Rundschreiben, welche auf schwerste unsere Hauptfunktionen kompromittierten. Er landete sie an die „Funktionäre“, die seit einem Jahr nicht mehr Mitglied unserer Organisation sind, sondern in den alten Bergarbeiterverband zurückgegangen sind. Damit sind diese Schreiben in die Hände der Arbeitsgemeinschaften gefallen.“

Das Moskauer Bureau soll auf dem schnellsten Wege einen competenten Vertreter entsenden. „Da wir in den bestgeführten Verhandlungen mit den deutschen Genossen die besten Erfahrungen gemacht haben, bitten wir euch, einen autorisierten, im Präsidium des Vollzugsbureaus der R.P.D. sitzenden ausländischen Genossen zu entsenden.“ Zu eventuellen Verhandlungen sind Volkmar-Geisenkirchen und H. Weper-Berlin beauftragt.

Es lohnt nicht auf die häuslichen Differenzen zwischen Bochum und Weissenkirchen näher einzugehen. Wir wollten nur einmal zeigen, wie es um die „Einheitsfront“ in der „revolutionären Bewegung“ bestellt ist.

## Beiratstagung der Fabrikarbeiter.

Auf der 7. Beiratstagung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands am 10. und 11. Februar in Hannover wurden außerordentlich wichtige, in das Leben der Organisation tief einschneidende Beschlüsse gefaßt.

Der planmäßige Versuch der kommunistischen Gewerkschaftszersplitterung, ihren Einfluß im Fabrikarbeiterverbande auszudehnen, hat in einigen seiner Verwaltungen zu Zuständen geführt, die mit einer glatten Durchführung der gewerkschaftlichen Aufgaben des Verbandes unvereinbar sind. Die Weimarer Konferenz der parteikommunistischen Gewerkschaftsvertreter haben diesen Bestrebungen einen stärkeren Antrieb gegeben. Diese Vorgänge veranlaßten den Verbandsvorstand, hiermit, dem Verbandsbeirat die Frage vorzulegen, ob der von den Verbandsmitgliedern gewählte und ihnen verantwortliche Vorstand im Fabrikarbeiterverbande bestimmen soll, der eine unbekannte parteikommunistische Zelle, die es als ihr Ziel und ihre berufliche Aufgabe betrachtet, in den jahrzehntelangen mühevollen Arbeit aufgebauten Organisation zu zerstören. Die Antwort, die der Verbandsbeirat darauf gab, war die erneute Befestigung der auf der 2. Beiratstagung 1921 angenommenen Richtlinien, die unter Berücksichtigung neuerer Vorgänge abgeändert wurden und deren schriftliche Anerkennung als Vorbedingung für die lohnungsgemäße Bekämpfung der Zahlstellenlosigkeit durch den Hauptvorstand gefordert wird. In den Richtlinien, die acht Punkte enthalten, wird verlangt die unbedingte Anerkennung des Statuts, des Streikreglements, die Durchführung der Verbands- und Beiratsbeschlüsse und aller Verbandsaktionen nach den Weisungen des Hauptvorstandes und der dazu beauftragten Ausschüsse sowie der allgemeinen Gewerkschaftsaktionen nach den Anweisungen des A.D.B. und des dazu beauftragten Ortsausschusses. Die wichtigsten Bedingungen enthalten die Punkte 4 und 5 der Richtlinien, die folgenden Wortlaut haben:

„Ablehnung jeder Verbindung mit der kommunistischen Gewerkschaftszentrale und mit Einrichtungen, die in diesem Sinne arbeiten sowie Verweigerung von Geldmitteln für diese Ablehnung der Befolgung von Beschlüssen, die nicht vom Fabrikarbeiterverband und seinen Körperschaften oder dem A.D.B. und seinen beauftragten Untergruppen, sondern von Vereinigungen ausgehen, die außerhalb des Verbandes stehen und den Beschlüssen des Verbandes oder des A.D.B. entgegenwirken. Ablehnung von Anweisungen und Richtlinien für die gewerkschaftliche Tätigkeit durch politische Parteien, Gruppen oder deren Gründungen.“

Eine andere wichtige Entscheidung war die Ablehnung der von den Arbeitgeberern vorgeschlagenen Zusatzvereinbarung zum Reichsgewerkschaftsvertrag für die chemische Industrie vom 19. Juli 1919, wonach die Arbeitszeit, sobald die Verhältnisse es erfordern, im Berechnen mit den Betriebsverrichtungen auf 9 bzw. 10 Stunden verlängert und in kontinuierlichen Betrieben an Stelle der Achtstundenschicht die Zwölfstundenschicht eingeführt werden soll. Dieser Entscheidung ging eine Aussprache voraus, in der sich der allergrößte Teil der Redner für die Ablehnung des Vorschlages der Unternehmer einsetzten. Betont wurde hierbei, daß der Verband keine Zustimmung zu einer Vereinbarung nicht geben könne, die zu einer Wiedereinführung der Bierundachtzigstundenschicht in den gesundheitsgefährlichen Betrieben der chemischen Industrie führt.

Um die finanzielle Widerstandskraft des Verbandes zu stärken, wurde eine Neuregelung der Beiträge beschlossen. Der wöchentliche Beitrag richtet sich nach der Lohnhöhe und beträgt als Mindestbeitrag bei einem Stundenverdienst von 15 Pf. 20 Pf., bei einem Stundenverdienst von 16 bis 25 Pf. 30 Pf. usw. bis zu 100 Pf. Höchstbeitrag. Der Beitrag beauftragte den Vorstand, ihm bei einer Besserung der Finanzlage des Verbandes Vorschläge auf Erhöhung der Unterhaltungsbeiträge zu unterbreiten.

Nach einem Referat des Sekretärs der Rechtsabteilung zum Hauptvorstand, Kollegen Schmidt, über: Forderungen zum Arbeitsrecht und zur Sozialversicherung“ nahm der Verbandsbeirat eine Entschließung an, in der scharf, grundsätzliche Kritik an dem Entwurf des Arbeitsvertragsgesetzes geübt und die einheitliche Arbeitsrecht, Arbeitsgerichte auf der Grundlage der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, zeitgemäßer Arbeitsrecht, besonders die in gesundheitsgefährlichen Betrieben Beschäftigten gefordert wurde.

Der Verbandsvorsitzende Bren konnte am Schlusse der Tagung feststellen, daß die Verhandlungen vom Geiste größter Sachlichkeit und von dem Bestreben getragen waren, das organisatorische Gefüge des Verbandes zu festigen. Sein Schlusswort klang in die Aufforderung aus, in der Vorbereitung für den Verband nicht zu erlahmen und die gewerkschaftlichen Erfolge des Verbandes agitatorisch auszuwerten.

## Konflikt in der Margarineindustrie.

Die Organisationen der Handwerker und Maschinenisten in der margarineherstellenden Industrie hatten nach vergeblichen Verhandlungen von Partei zu Partei durch den Schlichtungsausschuß einen Spruch bekommen, der den Handwerfern 15 Proz. über die Löhne der Fabrikarbeiter, abgerundet auf 60 Pf., für die Zeit vom 1. Februar bis 31. März brachte. In der schriftlichen Aus-

## PÖSTABONNENTEN

Wer auch im nächsten Monat Wert auf eine regelmäßige Zustellung des Vorwärts legt und eine Unterbrechung der Zustellung vermeiden möchte, muß die Erneuerung des Postbezuges sofort bei seinem zuständigen Postamt vornehmen.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H.

fertigung dieses Spruches versäumte es aber Gewerberat Körner, der Vorsitzende der Kammer, die Geltungsdauer anzugeben. Die Arbeitgeber hatten schon erklärt, daß sie den Spruch ablehnen. Bei den Verhandlungen vor dem Schlichter Wessel bemühte dieser sich um eine Einigung auf der Basis von 58 Pf. pro Stunde. Auch dieser Vorschlag scheiterte an dem Starrsinn der Unternehmer. Der Schlichter erklärte nunmehr den Spruch für verbindlich. Nun stellte sich heraus, daß die Unternehmer am selben Tage das Lohnabkommen gekündigt hatten mit der Begründung, der Spruch sehe keine Befristung vor. Die Handwerker der Industrie haben nun allerlei Weiterungen bei der Auszahlung der Löhne, trotz der Verbindlichkeitsklärung. Den Organisationen erwächst aus der Unachtsamkeit des Herrn Gewerberats Körner viel Arbeit und Zeitverlust, ehe die Angelegenheit wieder eingereicht werden kann.

Eine Versammlung der in Betracht kommenden Handwerker und Maschinenisten billigte nach einem Bericht Dietrichs vom Metallarbeiterverband die Tätigkeit der Organisationen. Es kam zum Ausdruck, daß die Margarineindustrie keine Ursache zum Klagen habe, da sie in der Inflationszeit große Gewinne gemacht habe, die sie in den Stand setze, die elendeste Kumpellammer zu einer Fabrik auszubauen. Die Handwerker sind gewillt, ihre Rechte aus dem verbindlichen Spruch durchzusetzen. Dietrich machte darauf aufmerksam, daß kein Unternehmer das Recht hat, etwa durch eine von den Arbeitern geforderte Unterschrift unter diktorisch festgesetzte Bedingungen, den Spruch außer Kraft zu setzen. Dahingehende Besuche der Arbeitgeber sind abzulehnen.

Ueber den Schiedsspruch des Gewerberats Körner waltete ein Unstern. In Nr. 79 des „Vorwärts“ mußten wir berichten, daß ein Schiedsspruch für die Textilarbeiter nicht befristet wurde und diese Unterlassung nachträglich wettzumachen versucht wurde durch eigenmächtige Begrenzung der Dauer bis zum 31. März. In diesem Falle ist der Schiedsspruch ordnungsmäßig befristet, bei der schriftlichen Ausfertigung aber der Fehler gemacht worden, die Fristangabe fortzulassen. Es ist wohl mehr Zufall, daß in beiden Fällen die Fehler zum Nachteil der Arbeitnehmer unterlaufen. Jedenfalls wird sich Herr Gewerberat Körner angewöhnen müssen, mit der gehörigen Sorgfalt zu verfahren, damit seine Schiedssprüche allein schon wegen Formfehlern nicht Objekt neuer Streitigkeiten werden.

## Zum Streikbeschlusse im Buttergroßhandel.

Die Lagerarbeiter und Autscher im Buttergroßhandel haben gestern abend in einer Versammlung zu dem Ergebnis der Verhandlungen, die von dem Schlichter für Groß-Berlin geführt wurden, Stellung genommen. Vollmeier vom Deutschen Verkehrsband gab den Bericht und teilte mit, daß die Arbeitgeber die Verbindlichkeit des Schiedsspruchs beantragen hätten. Es wurde nach längeren Verhandlungen eine Verständigung dahingehend erzielt, daß die Arbeitnehmer den Schiedsspruch anerkannt mit der Maßgabe, daß ab 1. Februar pro Woche 24 Pf. gezahlt werden. Gleichzeitig wurde vereinbart, daß über die Regelung der Löhne, Ueberstunden und Arbeitszeit umgehend neue Verhandlungen aufgenommen werden sollen.

Nach einer äußerst lebhaften Aussprache, in welcher betont wurde, daß wohl der Streikbeschlusse im Augenblick für aufzudecken gilt, jedoch erst in den nächsten Verhandlungen über die Regelung der Arbeitszeit und Ueberstunden die schwierigste Aufgabe mit zu lösen sein wird, erlaunte die Versammlung an, daß die Organisationsleitung sofort wieder alle Maßnahmen zu ergreifen hat, falls die Verhandlungen wieder scheitern sollten.

## Die arbeiterfeindliche Stern A.-G.

Vom Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten wird uns geschrieben:

Seit einiger Zeit tauchen in Berlin eine ganze Reihe von Restaurationsbetrieben auf, die gleichzeitig „Fleischereien“ eingerichtet haben. Diese, von der Stern A.-G. eingerichteten Betriebe sind folgende: Café Stern, Oranienburger Tor, Ecke Friedrichstraße, Café Livoli, Chausseest. 25, Wiener Café, Potsdamer Str. 59, Café Soren, Hochbahnhof Schlesiensches Tor. Die verantwortlichen Leiter der Firma führen sich als die brutalsten Vertreter des „Herrn-im-Haule-Standpunktes“ gegenüber ihren Arbeitern auf. Für die Arbeitnehmer gibt es keinerlei Rechte, sondern nur Pflichten. Die Arbeitszeit beträgt bis zu 16 Stunden täglich. Tariflöhne werden nicht gezahlt. Das Personal bekommt man durch Zeitungsannoncen oder aber durch die gelben Arbeitsnachweise. Selbstverständlich ist auch kein Betriebsrat vorhanden. Verhandlungen mit der Gewerkschaft ist man stets aus dem Wege gegangen, auch die Schreiben des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten werden nicht beantwortet. Einem Vertreter des Verbandes wurde in aröber Weise die Tür gewiesen. Trotzdem erwartet die Stern A.-G. den Belug ihrer Betriebe durch die Arbeiterschaft. Damit der Stern A.-G. der nötige Respekt vor der Arbeiterbewegung beigebracht wird, hat der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten diesen Betrieb gesperrt. Die Arbeitnehmerhaft wird in einer am Mittwochabend in der Flegelstraße 2 stattfindenden Versammlung zu einer eventuellen Arbeitsniederlegung Stellung nehmen.

## Ein hitziger Kachelofenfabrikant.

Der Provinzialverband Brandenburg der Kachelofenfabrikanten hatte bei den letzten Verhandlungen schon die Absicht, statt des Achtstundentages eine 9-10stündige Arbeitszeit in den Kachelofenfabriken einzuführen. Demals wurde dies abgelehnt, weil der Schlichtungsausschuß in Potsdam in seiner Zusammenkunft grundsätzlich gegen die Verlängerung der Arbeitszeit war und die Arbeitgeber keine gewichtigen Gründe für ihr Anerbieten bringen konnten. Die Arbeitnehmer nahmen an, daß damit die Angelegenheit erledigt wäre.

Der Kachelofenfabrikant Max Wallnig, Berlin, Ofenfabrik Behlesang, glaubt nun, selbst einen Vorstoß wagen zu müssen. Er

unterbreitet seinen in Behlesang Beschäftigten folgendes lustige Schreiben zur Anerkennung:

„Im Einvernehmen des Kachelofenfabrikanten-Verbandes kündigt die Firma M. Wallnig, Ofenfabrik Behlesang, ihren Arbeitnehmern das Arbeitszeitgesetz; und erklären nachfolgende Arbeitnehmer durch ihre Unterschrift, hiervon Kenntnis genommen zu haben.“

Behlesang, den 16. Februar 1924.“

Die dort Beschäftigten lebten natürlich ab, einen derartigen Unfug zu unterschreiben. Sie sind darauf zurückgekommen am Montag früh entlassen worden. Dem Organisationsvertreter Genossen Kemanitz, der am Dienstag früh telephonisch sich mit Wallnig auseinandersetzen wollte, wurden heftige Tötigkeit, Verbandsdiskretion und ähnliche Liebenswürdigkeiten an den Kopf geworfen. Um dem temperamentvollen Herrn zu zeigen, daß den Arbeitnehmern nicht alles geboten werden darf, sperren wir hiermit die Firma Wallnig, Ofenfabrik Behlesang, und erlauben alle Kollegen, diesen Betrieb bis zur Aufhebung der Sperre zu meiden.

Deutscher Völkervereinigungsbund, Fachgruppe der Töpfer.

## Schiedsspruch im Eresfelder Textilarbeiterstreik.

Am Montag fanden in Eresfeld im Rathaus vor der Schlichtungskammer mehrstündige Beratungen statt. Die Textilindustrie hat. Es wurde ein Schiedsspruch gefaßt, wonach die Arbeitszeit grundsätzlich 48 Stunden der Woche beträgt. Um die Wirtschaftlichkeit des Betriebes zu heben, ist zur Anordnung der Betriebsleiter eine Mehrarbeit bis zu sechs Stunden in der Woche zu leisten. Als Stücklohn sind 51 Pfennige vorgelesen.

## Der englische Dackarbeiterstreik.

London, 19. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Dackarbeiterstreik dürfte voraussichtlich infolge der Vermittlung der Regierung in kurzer Zeit beigelegt werden. Vorläufig macht sich jedoch noch in allen englischen Häfen eine Verschärfung des Streiks bemerkbar. In London steigen die Rohrzugmittelpreise fortgesetzt. Die Lebensmittelpreise werden schwieriger. Die Bemüherung der Bevölkerung durch den Zwischenhandel hat bereits die Strafgerichte in Bewegung gesetzt. Für Dienstag wurden alle Vorstellungen in den öffentlichen Theatern untersagt. Das für die Bekämpfung des Dackarbeiterstreiks eingesetzte Schiedsgericht wird am Mittwoch zusammenzutreten und seine Vorschläge für die Beendigung des Streiks durchzusetzen versuchen. Bis jetzt haben weder die Angestellten noch die Arbeiter die Vermittlungsvorschläge angenommen. Die Angestellten bestehen nach wie vor auf einer Erhöhung von 2 Schilling pro Tag. Auch die Arbeiter verteidigen ihre Lohnforderung nach wie vor als gerecht.

Achtung, Glasarbeiter! Bei der Firma J. Solomonis, Berlin SW 68, Alexandrinenstr. 135/36, sind wegen Umgehung des Arbeitsschutzes durch die Firma Differenzen in der Glaschleiferei ausgebrochen. Zutritt ist fernzuhalten.

Streik auf den Hamburger Fluchtschiffswerken. Die auf den Hamburger Fluchtschiffswerken beschäftigten Arbeiter hatten eine Lohnerhöhung von 45 auf 60 Pfennige je Stunde verlangt. Diese Forderung wurde von den Arbeitgebern als unannehmbar abgelehnt. Auf Veranlassung des Schlichtungsausschusses erklärten sich die Arbeitgeber zu nachmaligen Verhandlungen bereit, verlangten jedoch eine Verlängerung der Arbeitszeit bei einer etwaigen Lohnerhöhung. Diese Forderung wurde von den Arbeitern zurückgewiesen und in einer sehr zahlreich besuchten Versammlung die sofortige Arbeitsniederlegung beschlossen.

Wahlkommitee Metallindustrie. Funktionärversammlung heute abend 7 Uhr in den Rauhstrassen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31 (Grosch's Café). Tagesordnung: Stellungnahme zu der durch die Reichsregierung veröffentlichten Erklärung für die Vorgehensweise der Metallindustrie in politischen Situationen. Wichtiges Material wird in der Versammlung ausgetauscht. Jeder Betrieb muß vorher berichten sein. — Das Wahlkommitee versammelt sich um 7/8 Uhr zu einer Besprechung im gleichen Lokal.

Metallarbeiter: Arbeiter, Arbeiter, Arbeiter. Versammlung morgen (Donnerstag) abend 7 Uhr in der Königstraße, Große Frankfurter Str. 117. Bericht von den Lohnverhandlungen.

Wahlkommitee Metallindustrie. Versammlung abend 7 Uhr im Arbeitersaal, Königsstr. 30, tritt die bisherige und die neuwahlelten Delegierten zu einer Sitzung zusammen. — Die Funktionäre der angeschlossenen Betriebe treffen sich Mittwoch vormittag im Eresfeldbureau.

Wahlkommitee Metallindustrie. Versammlung abend 8 Uhr, an dem nach Genossen und Genossinnen, nicht nur Betriebsräte, teilnehmen können. Die Anmeldung kann im Laufe des Abends erfolgen. Der Abendbeitrag beträgt 2 Pf. für Arbeiter, für Arbeiter die Hälfte. Arbeitslose können unentgeltlich am Ausweis teilnehmen. Freiwirtschaftliche Betriebsräte. Deutscher Verkehrsband, Bez. 18 und 19 (Wedding), Freitag abend 7 Uhr im Gesellschaftersaal, Frl. 63, Lichtbergstr. 63, Berlin. Die deutsche Reichsversammlung. Die Kollegen werden aufgefordert, zu erscheinen. Gänge sind willkommen. — Die Beiratsleitung.

## Aus der Partei.

Die sozialistische Arbeiterpartei Spaniens hat beschlossen, eine eigene Druckerei mit Unterstützung der Genossenschaften und Gewerkschaften einzurichten. In Palma de Mallorca wurde ein neues Volkshaus errichtet. Der Führer der Arbeiterpartei, Pablo Iglesias, ist zu seinem 76. Geburtstag vom ganzen Lande gefeiert worden. In Madrid wurden zwei Häfen von ihm aufgestellt, in der Gemeinde Uzuaga ist eine Straße nach ihm benannt worden.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: J. V. Groß Reuter; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revolution: R. A. Spicker; Sozialismus und Sozialismus: Fritz Reuter; Sozialismus: Th. Glade; Familie in Berlin; Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Vorwärts-Verlag, Berlin und Berlin-Verlag, Vaul, Einer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2, Berlin 2, Berlin.

Café Zielka Variété-Kabarett, Friedrichstraße 60, Ecke Leipziger Straße, nachm 4/5, abends 7/8 Uhr: Großes Programm

## Die beste Sparsamkeit

bleibt verständige Körperpflege, denn Krankheit kostet den Lohn vieler fleissiger Tage. Sehr wichtig ist die richtige Behandlung der Zähne. Man benutzt hierzu am besten die preiswerte

## ZAHNPASTA NIVODONT

Das Vorbeugungsmittel gegen Erkältungen und Ansteckung und das Mittel gegen Mundgeruch sind die wohlgeschmeckenden

## CALCIFORM-TABLETTEN

Das Behandlungsmittel gegen raue, rissige Haut, rote Hände und Frost ist die Frost- und Wundsalbe

## CAMPHOLINT

(ca. 32% Cerussa, ca. 5% Camph. synth., ca. 63% Vaz. Slav.)

an achte auf die Namen u. auf die Schutzmarke „Rabe“

## Chesebrough-Vaseline

(schr. gesch. Schutzmarke)

sollte in keinem Hause fehlen. Das beste Hausmittel gegen raue, spröde oder aufgesprungene Haut. Lindert Hautirritation, hält Wunden rein und verhindert Entzündung. — Chesebrough's Menthol-Vaseline lindert und verhilft Schnupfen. Verlangen Sie ausschließlich Chesebrough's Vaseline.

## Hautjucken, Flechten, offene Füße (Krampfadern)

auch veraltete Wunden heilt die milde und wohltuende, seit Jahrzehnten bewährte San.-Rat Dr. Strahl's Haussalbe. In Original-Dosen erhältl. Bielefeld-Apothek, Berlin SW., Leipziger Str. 74, & Dönhofpl



Steuernotverordnung und Gemeindehaushalt.

Wie Deutschnationale das Deutschtum im Auslande „stärken“ wollen.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hatte gestern von all den Anträgen, die der Erledigung harren, wieder nur einige aufarbeiten. Ein Antrag der Demokraten richtete an den Magistrat die Wohnung, gegenüber der dritten Steuernotverordnung die Interessen der Gemeinde zu verteidigen. Für die sozialdemokratische Fraktion erklärte Genosse Vohmann, daß man nicht die Kommune gegen das Reich auspielen dürfe, so sehr im übrigen für die Kommune die Existenzmöglichkeit gefährdet werden müsse. Unser Redner wandte sich scharf gegen das Verfahren, die Kommunen auf die infoziale Mietssteuer anzuweisen. Einen deutschnationalen Antrag, der gegen die seit dem 1. August 1914 in Berlin zugezogenen Ausländer die Ausweisung und nötigenfalls die Unterbringung in Sammellager herbeiführen wolle, begründete Postor Koch mit einer hohlerfüllten Rede. Selbstverständlich wünscht jeder anständige Mensch, daß Berlin das Schiebergesindel los würde. Aber der deutschnationale Antrag bewältigt keine Ausnahmen vor und trägt daher z. B. selbst solche Ausländer, die in Berlin Wohnung genommen haben, um für die Auslandsreise für Deutschlands Kaffeelände zu leiten. Genosse Fattich antwortete dem kindwütigen Postor, daß die Ausweisung der Fremden sofort in den Anstaltsstaaten mit Ausweisung der Deutschen vergelten würde. Abstimmungen gab es gestern nicht; sie wurden auf die nächste Sitzung verschoben.

Die gestrige außerordentliche Sitzung war der Aufarbeitung von Initiativanträgen gewidmet. An der Spitze derselben stand er von den Demokraten eingedreht.

Protest gegen die dritte Steuernotverordnung

Der Reichsregierung. Nach der Auffassung der Antragsteller bringt die Verordnung den Gemeinden eine kaum tragbare Belastung als wichtigen Aufgaben auf dem Gebiet der Schule, der Wohlfahrtsfrage und der Polizei und entzieht ihnen andererseits einen erheblichen Teil der bisherigen Reichszuschüsse ohne ausreichenden Ersatz. In der Überzeugung, daß es bei Durchführung der Verordnung an Gemeinden im allgemeinen und Berlin im besonderen unmöglich sein würde, auch nur ihren wichtigsten kommunalen Pflichten zu genügen, soll die Versammlung den Magistrat ersuchen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die finanziellen Rechte und Interessen der Gemeinde gegenüber der Reichsregierung und der dritten Notverordnung zu verteidigen. Der Rämmerer Dr. Karding sprach den Antrag aus dem Namen des Magistrats für ihr Vorgehen aus. Die Bestimmungen des Magistrats, bei diesen Verordnungen auch den Städten zu ihrem Recht zu verhelfen, seien raslos betrieben worden und würden auch gegenüber den kommenden Ausführungsbestimmungen weiter aufs energischste weiterbetrieben werden. Das schmerzhafteste sei der Wegfall der Besoldungszuschüsse. Es unerwünscht diese Einrichtungen gewesen sei, der Abbau hätte nicht erfolgt überflüssig werden dürfen. Auch der Anteil an der Umschmelzung geht beträchtlich zurück, der Zuwachs an Einnahme aus der Einkommensteuer sei problematisch. Der gefährlichste Teil der Verordnung sei die neue Verteilung der sozialen Gebiete zwischen Reich und Ländern bzw. Gemeinden; die Länder und Gemeinden erhielten neue Aufgaben mit entsprechenden Ausgaben, und der Ausgleich durch die neue Mietssteuer sei ein wahres Danergeresamt.

Das Odium für diese unpopuläre Steuer schiebe das Reich einfach den Ländern und Gemeinden zu. Das Reich müsse mit dem Abbau auch bei seinem Beamtenpersonal und bei seinen Ausgaben durchaus mit den Ländern und Gemeinden Schritt halten. In der städtischen Wirtschaft müßten sich die Ausgaben nach den Einnahmen richten. Von der Sorge (Dank): Der Antrag kommt infolgedessen post mortem, als ja die Verordnung schon da ist; aber die Aussprache darüber ist deshalb nicht weniger dringend. Die dritte Verordnung ist nicht nur für die Gemeinden eine Gefahr, sondern geradezu eine Brutstätte. Genosse Dr. Lohmann: Es handelt sich hier nicht bloß um ein Recheneispiel, sondern um eine hochpolitische

Angelegenheit, die nicht lediglich dem kommunalen Gesichtspunkt beurteilt werden darf. Auch wir sind dazu berufen, Kommunalpolitik als Reichspolitik zu betreiben. Ohne uns die Hege gegen die Erbergerische Reichsfinanzpolitik zu eigen zu machen, halten wir eine größere Selbstständigkeit der Gemeinden auf finanziellem Gebiet für notwendig.

Etwas Ansozialer als die neue Mietssteuer

Ist den Ländern und Gemeinden selten zugemutet worden; eine derartige Basis für die Vervollständigung der Gemeindefinanzen sehen wir ab. Wir können mit der Motivierung des Antrags, wie sie die Demokraten gegeben haben, nicht einverstanden sein, schon weil sie den sozialen Momenten, die für uns von besonderer Bedeutung sind, nicht gerecht wird; für den Antrag selbst werden wir stimmen. Dr. Caspari (D. Sp.) trat der einleitend von Dr. Lohmann gegebenen Charakterisierung der Verordnung durchaus bei. Auch er sah in ihr eine Brutstätte, namentlich hinsichtlich der Hypothekenaufwertung. Dagegen begrüßte er die Ausdehnung des Kreises der Aufgaben von Ländern und Gemeinden als eine Abkehr von dem übertriebenen Zentralismus der Weimarer Verfassung; Schule und Wohlfahrtspflege kommen wieder dahin, wo sie gehören; das ganze Reichsarbeitsministerium könnte verschwinden. Von den Deutschnationalen wurde beantragt, in dem Antrage Wertes am Schluß statt gegenüber der Reichsregierung und der Verordnung zu sagen, gegenüber der Reichs- und Staatsregierung. Hörr (Komm.): Welcher Art die verlangte Abwehr sein sollte, darüber hätten die Antragsteller sich auszusprechen. An der Latit der Reichsregierung werde auch der angemessene Antrag Wertes nichts ändern, der wohl hauptsächlich wahlpolitischen Erwägungen entspringen sei. Durch die bloße Annahme einer papierenen Resolution beschwöre man nicht die den Gemeinden drohenden schweren Gefahren.

Die Abstimmung über diesen Antrag wie über sämtliche übrigen Anträge, die noch erledigt werden, findet erst am Donnerstag statt. — Postor Koch begründete sodann den schon am 5. November 1923 datierenden Antrag der Deutschnationalen, der die Ausweisung aller seit dem 1. August 1914 zugezogenen Ausländer und nötigenfalls deren Unterbringung in Konzentrationslagern verlangt. Man öffne die Barackenlager den galizischen usw. Juden und weise ihre Wohnungen den Deutschen zu, die sich seit Jahren vergeblich um eine Wohnung in Berlin bemühen. Dove (Dem.) hielt den Antrag an-erbrüchlich für undurchführbar; er würde nur den Effekt haben, daß die anderen Staaten gegen Deutschland das gleiche Verfahren einschleusen. Eindeutige Genosse Wühler konfirmierte Koch gegenüber, daß der Rassenstrom dieser unerwünschten Elemente von dem organisierten Magistrat als ein Erbe übernommen sei aus der Zeit, wo es noch keinen sozialistischen Magistrat gab. Die ganze Angelegenheit

gehört zu den polizeilichen Kompetenzen.

Im Jahre 1922/23 seien nur 80 Wohnungsberechtigungen für Ausländer ausgestellt worden. Sommer vor von Stadt wegen zu erachten fehle es an jeder Handhabe. Genosse Fattich: Die unbedingte Verquickung von Fremdenpolizei und Wohnungsfürsorge ist durchaus unstatthaft. Der letzte Magistrat hat soweit es in seiner Macht stand, geradezu Anstrengungen, die zum Himmel stanken, ein Ende gemacht. Als 1919 der Polizeipräsident Guon Ernst 600 Ausländer ausweisen wollte, protestierten dagegen gerade die von Deutschnationalen außerordentlich nachstehenden Kreise einschließlich von ganz Charlottenburg und dem Kurfürstendamm mit großer Heftigkeit und großem Erfolge! Versteht sich können wir gar nicht so verfahren, wie Herr Koch will; man denke bloß an die Tschechoslowaken! Der Antrag muß verworfen werden. Gegen 9 Uhr einta die Versammlung über zur Beratung des Antrages der Deutschnationalen, der die

bei der Berliner Brennstoffgesellschaft eingetretenen Verluste

zum Gegenstand hat und die persönliche Haftbarmachung der Schuldigen verlangt. Der Rämmerer legte gegen diese Insinuation scharfe Vermahnung ein und gab eine Darstellung des Vorganges, der darauf zurückzuführen sei, daß damals — im Juli — die ostsächsische Anlage der Gesellschaft überwiegenen Betrages in wertbeständiger Form unmöglich war. Den Schaden hätten die

Kriegsbeschädigten gehabt. Der Verlust von 43000 Goldmark habe sich inzwischen nicht unbeträchtlich vermindert. Rechtliche Unterlagen für eine Haftbarmachung von Beamten seien nicht gegeben. Um 9 Uhr 5 Minuten erfolgte hierauf Schluß der außerordentlichen Sitzung.

Berlin, die Stadt der Arbeit.

Prof. Dr. Felix Lampe, einer der besten Kenner Berlins, hielt am letzten Sonntag einen Lichtbildvortrag über „Berlin als Stadt der Arbeit“.

Wenn die biblischen Schöpfungsgehirnen der Weisheit letzter Schluß wären, so ist die Arbeit eingeseht als eine Strafe. Da in Berlin sehr mannigfaltige und schwere Arbeit geleistet wird, ist es also besonders bestraft. — Wie war es möglich, daß sich das als sicherer zu einer solchen schaffenden und tätigen Weltstadt erheben konnte? Hamburg, Bremen, Stettin sind durch ihre Häfen groß geworden, Berlin aber durch die Tatkraft seiner Bewohner, die Handel, Wandel und Verkehr austöste. 1822 fand die erste Gewerbeausstellung, die nur 1000 Gegenstände umfaßte, statt. 1840 gab es dann die erste preussische Gewerbeausstellung in einem Holzschuppen auf dem Platz zwischen dem heutigen Opernhaus und der Bibliothek. Die große und schnelle Industrialisierung Deutschlands, vorwiegend Berlins, setzte in der Mitte des vorigen Jahrhunderts ein. So trat dann auf der 1. Berliner Gewerbeausstellung 1879 am Lehrter Bahnhof ein neues Moment auf. Die Firma Siemens u. Halske hatte die erste „Elektrische“ der Welt erbaut und sie auf die Ausstellung gestellt. Die Besucher konnten mit dem elektrischen Wagen einmal umsonst rund herum fahren. — Heute bilden die Siemenswerke einen ganzen Stadtteil für sich. Sie zeigen den Aufschwung und die Arbeitsgröße Berlins, wenn man bedenkt, daß Siemens u. Halske 1847 in einem Hinterhaus der Schöneberger Straße mit 10 Arbeitern ihre Werkstatt eröffneten. — Das Verkehrsleben innerhalb Berlins nahm einen großen Aufschwung. Es kam die Trambahn. Bald wurde sie durch die „Elektrische“ ersetzt. 1882 wurde die Stadtbahn erbaut und vor 25 Jahren folgte dann die erste Hochbahnstrecke, die von Osten und dem vornehmen Westen nach der Mitte der Stadt in Betrieb genommen wurde. Im Laufe der Jahre wurde das Verkehrsleben als Zeichen der Stadt mit ihrem mächtigen Arbeitsgetriebe immer mehr verbessert und ergänzt. Der Weltkrieg wirkte für den weiteren Aufstieg hemmend und zerkleinernd. Doch heute machen sich die ersten Anzeichen der Besserung bemerkbar; es bleibt bei dem ewigen Wechsel: Nach Regen folgt Sonnenschein.

Glücksmann, der Monarchist.

Einer, der behauptet, nicht geboten zu sein.

Ein kleines, schwächliches Männchen mit einer riesenhaften, pechschwarzen Haarmähne, die sich kokett wie eine Allongeperücke über der Stirn aufbaut und leicht bis auf die Schultern fällt, wurde gestern dem Amtsgericht Berlin-Mitte aus der Strafhaft vorgeführt. Der Angeklagte nennt sich „Schriftsteller“ Adolf Glücksmann und ist vielfach, sogar mit Jugendhaus, vorbestraft. Jetzt hatte er sich wegen zweier Diebstähle, drei Betrugsfällen und zwei verurteilten Betrugsereignissen zu verantworten. Einigen allen Herkommen eröffnete der Angeklagte die Verhandlung und begann den Vorlesenden zu vernehmen: Sind Sie der Amtsrichter Dr. Neumann? Als der Richter erstant bejahte, sprühte der aufgeregte, kleine Mann hervor: „Dann bestreite ich zunächst meine Geburt und ebenso Ihre Berechtigung, mich abzuurteilen. Sie haben Ihr Amt von Ebert und Scheidemann; ich lasse mich nur von einem Mann aburteilen, der von Gottes Gnade eingesetzt ist.“ Das Gericht drehte dann freilich den Spiegel um und prüfte den „wilden Mann“ auf Herz und Nieren. Der aber wollte sich an nichts erinnern, hatte sogar seine Haftstrafen vergessen und meinte schließlich: „... einmal bin ich ja zu 20000 Mark Geldstrafe verurteilt worden, aber das bestreite ich auch.“ Der Vorsitzende sah feststellen, daß der Angeklagte auch im Gefängnis die Annahme von Essen verweigert habe, da er als Monarchist von der Republik nichts annehme. Glücksmann hatte zahlreiche Briefe an den Exzentringer und den Vorlesenden geschrieben, Gerichtsmediziner Dr. Thiele hielt es für notwendig, den Angeklagten zu untersuchen, da er nicht ohne weiteres ein abschließendes Urteil

(Nachdruck durch Malik-Verlag, Berlin.)

Der Bürger.

Von Leonhard Franl.

Frühbar stand die Wirkung des Vortrages im Zimmer und sichtbar in den Blicken der neun Bezirksführer.

Ein noch junger Holzarbeiter, dessen Gesicht eingetrocknet und kleiner geworden, schon einer gebürtigen Frucht gleich, sagte, leicht werde es ihm nicht fallen, an die Genossen in seinem Bezirk alles das klar und sachlich weiterzugeben. „Aber sachlich muß es sein, sonst versteht niemand.“

Der Vertrauensmann, ein dunkelgesichtiger, stoppelbärtiger Metallarbeiter, an dessen rechter Hand zwei Finger fehlten, streckte diese Hand vor: „Hier Hauptpunkte mußst du festhalten“, sagte er, zählte an den Fingern her und mußte schon wieder beim Daumen beginnen: „Und viertens, daß die Arbeiterbewegung gegen einen derartig gewaltigen Machtblock eben nur bei schärfster Disziplin und überhaupt nur durch eine ganz starke Organisation etwas ausrichten kann.“

Unter dem Sims, mit dem Rücken gegen die Fensterwand, sah auf dem Fußboden ein schon bejahrter Kartonnagenarbeiter. Seine Hand rückte ununterbrochen und selbsttätig unsichtbare Gegenstände zehn Zentimeter seitwärts: die arbeitende Hand machte den Griff, den sie ein Leben lang von früh bis abends in der Papier- und Kartonnagenfabrik des Herrn Hommes gemacht hatte.

„Beruhig du dich nur. Die Genossen in deinem Bezirk werden dich schon verstehen. Was dir deiner Lebtag auf die Haut brennt, das begreift du leicht“, sagte er und legte sich auf die arbeitende Hand, die sich Sekunden später wieder befreite und weiter ihre Arbeit tat.

„Wegen der Frauenlandeskongress? Weil sie eben in dieser Woche in vier Versammlungen das Kaiserat hatte. Und auch sonst viel Arbeit, Sitzungen, Schreibereien und so...“

„Neht müht du ein paar Tage ausspannen, Genossin Lenz.“

„Ich brauche nur Schlaf. Fünf Stunden!“

„Ja, ja, Schlaf“, sagte der Kartonnagenarbeiter und legte sich wieder auf seine tätige Hand.

mort auf seine damalige Frage: „Aber wie? Wie soll man sich aufspornen?“

„Der ist erst fünf Tage später abtransportiert worden.“ Dann hörte Jürgen, wie der Metallarbeiter zu den zwei Pfeifenrauchern sagte: „Weil der Krimineller, der mit dem Kopf in Fenster gefallen ist, dabei ein Auge eingebüßt hat und deshalb die Reize nicht mitmachen konnte.“ Und trat zu den Dreien in die Fensterecke. Auch der Agitator war hinzutreten.

„Wenn sie den packen — unter fünf Jahr gehts nicht ab“, sagte der Metallarbeiter noch.

Der Holzarbeiter mit dem verträumten, kleiner gewordenen Gesicht sprach schriftdeutsch: In der Zeitung stand: Ein gutgeleiteter, ungefähr fünfundsiebzigjähriger Mensch, Kaufmann oder Student, augenscheinlich ohne Kopfbedeckung.

Und der Agitator: „Auch heute waren wieder Kriminalbeamte im Parteibureau... In diese romantischen Polizeischädel geht es nicht hinein, daß die Aufgabe der modernen Arbeiterbewegung nicht darin besteht, Attentate zu organisieren und Attentäter gewaltsam zu befreien.“

Die Mühe hatte ich in der Tasche, dachte Jürgen und fragte: „Was sagten Sie eben?“

„Das Gefühl der Empörung übrigens, das diesen jungen Menschen zu dem Befreiungsversuch veranlaßt, ist dasselbe, das in allen Klassenkämpfen lebendig ist; aber die müssen, so schwer das ihnen auch wird, ihre Empörung oft in sich zurückhalten“, fuhr der Agitator fort. Blick vor sich hin gerichtet und in einem Tone, als dächte er, wie sehr viel leichter das Leben sein würde, wenn der Kampf um den Sozialismus in derartigen Laten bestehen könnte, anstatt in der jahrelangen, lebenslangen, zermürbenden, täglichen Hingabe.

„Ja, aber dazu noch wöchentlich zweimal Bildungskurs in der Jugendorganisation!“ rief bei der Rückwand ein Bezirksführer. Zwei andere sprachen über den letzten Lohnkampf, der die Transportarbeiter sehr geschwächt habe. Im Stod erklang das in sich erstickende Geschrei eines Säuglings.

Unter dem Brustbein empfand Jürgen einen immer schwerer werdenden Druck, als stecke er bis zum Kinn in dickflüssiger Moorerde.

„Wollen wir anfangen?“ fragte der Agitator. Und Katharina hob den Deckel von der Schreibmaschine.

Die zehn Schritten durch die Finsternis, vor sich die fensterlosen Rückseiten schmaler, turmhoher, freistehender Mietskasernen: tote Silhouetten. Ein langer Güterzug kroch aus dem Arbeiterviertel heraus, ins flache Land hinein. Wasser-

glanz in dunkler Ferne und das gedämpfte Rassel eines Schleppers, der eine Reihe Frachtschiffe stadwärts zog. Der lange Pfiff der Lokomotive schlug einen Bogen durch die Nacht.

Geschrei brach ihnen entgegen, stieg an: ein Knäuel Blutgebrüll. Ueber allem die Frauenstimme, die wie die Verzweiflung selber schrie. Und als die zehn den Lichtkegel, der aus dem Parterrefenster auf die Straße fiel, erreicht hatten und ihn durchschritten, war es drinnen völlig still. Drückende Stille. Und dann Wimmern, Weinen, gestöhnen ausbrechendes Geheul, fessellos, als weine die Verzweifelte alle Not ihres Lebens und das Leben selbst aus sich heraus.

Darüber entstand ein Gespräch. Ob der Mann die Frau und weshalb er sie wohl geschlagen habe, und warum sie so arg fenne. „Die Gründe kennt man“, sagte der Holzarbeiter.

„Ja, das sind im Grunde immer dieselben.“

„Wie schön die Nacht ist.“

„Ja, wenn man so marschiert.“

Die neuen Backsteinhäuser des wachsenden Arbeiterviertels, gleichförmig, unverputzt, wie über Nacht hingestellt — lineare Straßen, bei den Feldern endend wie abgehauen —, stießen feuchten Kalkgeruch ab. Kein Fenster war erleuchtet. Die Arbeiter schliefen schon. Vor einer alten Villa, die eingeholt und überholt worden war von der wachsenden Stadt stand ein Schutzhmann mit einem Polizeihund.

Das Weinen war verendet. Die Schritte hallten in Gleichmaß.

„Aber Parteimitglied wurde ich — das sind jetzt fünf und zwanzig Jahre her“, erzählte der Kartonnagenarbeiter. „Seidem hat sich viel geändert.“

Sechszwanzig Jahre, dachte Jürgen. Sechszwanzig Jahre.

Hohe, leuchtende Fenster, fünf lange Reihen übereinander, traten aus der Dunkelheit heraus. Die zehn Schritten hinein in das Klapp-Klapp-Geräusch der Transmissionen: die Nacht schloß bei der Arbeit.

„Heut ist die Partei eine Nacht... Wenns auch langsam geht... Mitbestimmungsrecht... Die straffe Organisation... Ja, viel Arbeit gewesen“, vernahm Jürgen, der mit dem Holzarbeiter und dem Metallarbeiter einige Schritte voraus war.

Schweigend über die kleine Eisenbrücke. Durch den kühlen Teergeruch. Auf der äußersten Spitze des zugebreiteten Frachtschiffes im Kanal stand ein winziger Hund, der blühte. Schon durchbroch dort und hier das Lichtermeer die Baumkronen.

(Fortsetzung folgt.)



abgeben könne, ob es sich um einen Geisteskranken oder einen Simulanten handele. Daraufhin beschloß das Gericht, Staatsmann in einer Forenanstalt untersuchen zu lassen.

### Espanolas Diebesfahrten.

Erneut zu 3 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Der schon mehrfach abgeurteilte internationale Hotel- und Pensionseinbrecher Ludwig Lewy, genannt Espanola, hatte sich wiederum wegen zahlreicher Einbrüche vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Der jetzt gerade 21jährige Lewy ist trotz seiner Jugend bereits zehnmal vorbestraft. Inzwischen ist er wegen zahlreicher Einbrüche zu 5 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Jetzt hätte er sich wegen weiterer 6 Einbrüche zu verantworten.

In der meisten Fällen hat er Ausländer, die in Pensionaten des Westens abgestiegen waren, bestohlen. Wie immer führte er seine Raubzüge in dreifacher Weise meist am Tage aus, packte in den Zimmern seiner Opfer, als deren Bruder er sich den Pensionatsbesitzerinnen gegenüber bezeichnete, an Kuffen zusammen, was er trotzdem erreichen konnte. In einer Pension unter den Linden bestahl er zwei Amerikanerinnen, in der Louisenstraße einer ägyptischen Ingenieur, am Kurfürstendamm einen Sekretär der portugiesischen Gesandtschaft, fremde Diplomaten usw. Unter der Maske eines italienischen Konsulatsattachés Gaston de Cassalor hatte er im Zuge die Inhaberin eines Modells kennengelernt, die er in Berlin mehrfach besuchte. Er führte ihr einen angeblichen Preisbooger Gergormics zu. Mit diesem Komödianten gab sie die Wohnung aus und ließ die wertvollen Gold- und Silbergegenstände. Unter der Aufsicht der Hehlerin hatte sich Lewy Braut Marie Bulowski zu veranlassen. Lewy behauptete, daß er die Einbrüche auf Personalfassung eines Engländer David verübt habe. Es sei nur darauf angekommen, bei den ausländischen Diplomaten Dokumente zu fuchen, und zwar namentlich deutschfeindliche Akten. Er habe mit Wissen des Auswärtigen Amtes gehandelt. Als Beweis dafür behauptete er, daß er bei einer Rezia festgenommen worden sei und einen Ausweis als „Herr Dr. Bonbau“ gehabt habe. Auf dem Polizeipräsidium sei er dann entlassen worden. Der Anklage ist in vollem Umfange gestanden und hat, als ihm auf dem Polizeipräsidium das Journal der Pensions- und Hoteldiebstähle vorgelesen wurde, sämtliche Tatsachen, die er bestritt hat, herausgesprochen. Wie er reagiert, habe er sich dazu veranlassen gesehen, weil in einem Falle eine Hausangestellte unerschuldigt in Haft genommen worden war. Wenn er nicht alles eingestanden hätte, würde diese Sache nicht ihre gerichtliche Sühne gefunden haben. Der Staatsanwalt beantragte gegen Lewy 8 Jahre Zuchthaus, gegen die Bulowski 1 1/2 Jahre Gefängnis. Die Verteidiger wiesen auf die komplizierte Persönlichkeit des Angeklagten hin und bestritten, daß die Angeklagte Bulowski gemüht habe, daß die Gelder und Gegenstände, die sie von ihrem Bräutigam erhalten hatte, von den Diebstählen herrührten. Die Anklage will Lewy nur unter dem Namen „Bob Landau“ gekannt haben. Die Strafkammer verurteilte Lewy zu weiteren 3 1/2 Jahren Zuchthaus. Seine Braut erhielt wegen fortgesetzter Hehlererei 9 Monate Gefängnis, die durch eine 1 1/2jährige Untersuchungshaft als abgeleistet erklärt wurden, so daß sie sofort aus der Haft entlassen wurde. Für Lewy wird später eine Gesamtsstrafe gebildet werden.

### Nur Kupfer, nicht Nickelmünzen.

Durch die Verordnung der Reichsregierung vom 11. Februar 1924, die am 14. Februar im Reichsgesetzblatt, Teil I, veröffentlicht worden ist, sind die alten Ein- und Zweipennigstücke den Münzen über Ein- und Zweipennigstücke der Reichsmünzen gleichgestellt worden; die alten Kupfermünzen können deshalb künftig in der gleichen Weise zu Zahlungen verwendet werden wie die Neuenpennigstücke; die öffentlichen Kassen können sie zu jedem Betrage an. Es ist jedoch zu beachten, daß sich die Verordnung nur auf die Kupfermünzen, nicht auch auf die alten Nickelmünzen (5- und 10-Pennigstücke) bezieht. Den letzteren die gleiche Gültigkeit zu verleihen, war schon deshalb nicht angängig, weil mit ihnen zugleich die stark unterwertigen Silber- und Zinkmünzen über die gleichen Nennbeträge in den Verkehr zurückzuführen wären, was zu einer kaum erträglichen Inflation geführt hätte.

### Neu Parteien in Potsdam.

In der Stadt Potsdam sollen am 16. März die Stadtverordnetenwahlen durchgeführt werden. Wesentlich ist durch Gesetz vom 12. Februar 1924 die Neuwahl der Gemeindevertretungen in ganz Preußen auf den 4. Mai 1924 festgesetzt. In Potsdam muß diese Neuwahl jedoch schon am 16. März vor sich gehen, da die vorige Stadtverordnetenversammlung infolge des in weiter Öffentlichkeit bekannten Kommunalstreits vor sechs Monaten aufgelöst wurde. Bei dem für die Wahl am 16. März zuständigen Wahlamt haben sich nicht weniger als zehn Parteien gemeldet, die besondere Kandidatenlisten für die 43 Stadtverordnetenstellen aufstellen haben. Es sind folgende Parteien: Deutsche Partei, Volks-Sozialer Block, Deutschnationale Volkspartei, Deutsche Volkspartei, Sozialdemokratische Partei, Partei für Handel und Gewerbe, Zentrumspartei, Vereinigte Sozialdemokratische Partei, Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands und kommunistische Partei.

### Ringkampf im Gerichtssaal.

Zu sehr wilden Szenen, die in einen Ringkampf ausarten, kam es in einer Verhandlung vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I, vor der sich zwei Schwerdelbrenner, Richard Lichtwart und Otto Dossal zu verantworten hatten. Mitangeklagt waren die beiden Bräute, Hedwig Heinicke, die in ihren Kreisen den Spitznamen „Kirschendewig“ führt, und Helene Wessel. Die beiden Hauptangeklagten haben mehr als ein Duzend Einbrüche in Villen des Westens verübt, sowie Ladeneinbrüche im Zentrum der Stadt. In verschiedenen Fällen haben die beiden Frauen in der Nähe des Tatorts gewartet und die Beute gleich in Empfang genommen, um sie zu „verschärfen“. Kirschendewig, die Braut des Lichtwart, belastete ganz besonders stark den Angeklagten Dossal. Als sie auch vordrante, daß D. in einem Falle auf einen ihn verfolgenden Polizeibeamten scharf geschossen hatte, sprang Dossal plötzlich auf die Anklagebank und schlug mit den Worten: „Kirschendewig, dir werde ich das Maul stopfen!“ mit den Fingern auf die Mitangeklagte ein. Die Verteidiger posteten den Richter, der zu neuen Schlägen ansetzen wollte, und nach einem schweren Ringkampf gelang es den hinzureisenden Wachmännern, Dossal handfesselnd anzulegen. Die Verhandlung endete mit der Verurteilung Lichtwarts zu 3 Jahren Gefängnis, Dossals zu 5 Jahren Zuchthaus, während die beiden Frauen wegen Begünstigung 6 Monate Gefängnis erhielten.

### Die Opfer des Indivignstädter Eisenbahnunglücks.

Die bei dem Eisenbahnunglück Getöteten sind der Diplomkaufmann Rudolf Zimmer aus Neufallen und der Lokomotivführer Moser Soalfeld. Der verlegte Heizer Ridel Soalfeld konnte bereits gestern nach seiner Heimkehr gebracht werden. Die Beschädigung von drei Häusern in Ludwigstadt hat sich als unerheblich erwiesen. In Brand sind nur beschädigte Zugteile, aber keine Häuser geraten. Der Unfall ist höchstwahrscheinlich auf übermäßige Geschwindigkeit des die 8 Kilometer lange Steilstrecke herabfahrenden 800 Tonnen schweren Güterzuges zurückzuführen.

Dank. Gen. Stadts. Gottfried Schulz bittet uns um die Aufnahme der folgenden Zeilen: Da ich nicht jedem einzelnen für die

# Feuerschutz in Großstadt und Industrie.

Der Feuerschutz ist leider noch immer nicht auf der Höhe, auf der er im Interesse der Volkswirtschaft sein müßte. Richtig ist, daß es auf dem Lande und in Kleinstädten schwer ist, zu erreichen, daß die für die Feuerbekämpfung notwendigen Menschen auch jederzeit zur Stelle sind. Um so bedauerlicher ist, daß auch in Großstädten und größeren Industriebetrieben die für die erfolgreiche Feuerbekämpfung notwendigen Maßnahmen nicht getroffen werden, obgleich hier die Möglichkeit vorhanden ist. Gerade in den letzten Wochen sind verursacht durch die eingetretene Kälteeiszeit, die Brände in den Industriebezirken besonders zahlreich geworden. Welche Schäden diese Brände dem Volkswirtschaften zufügen, zeigt sich darin, daß einzelne Brände Schäden in Höhe von mehrfachen Millionen Goldmark verursacht haben. Bei dem Brand der Docksanlagen in London wurde sogar ein Schaden von 2 Milliarden Goldmark gemeldet.

### Die Zersplitterung des Feuerversicherungswesens.

Daß der Feuerschutz in Großstädten und Industrie nicht genügend ausgebaut wird, beruht auf der Zersplitterung und unzeitgemäßen Gestaltung des Feuerversicherungswesens. Erste Voraussetzung für einen wirkungsvollen Feuerschutz wäre die Zusammenfassung der gesamten versicherten Werte in einer Versicherungsanstalt und die Anpassung der Versicherungsbeiträge an die Gefahren. Wären alle versicherten Werte von einer Versicherungsanstalt erfasst, so könnte diese unter Beachtung der Wirtschaftlichkeit überall die Schutzmaßnahmen treffen, die als notwendig erkannt sind. Bei der heutigen Zersplitterung der Feuerversicherung, wo in einem Gebäude mehrere Versicherungsunternehmen an der Versicherung der vorhandenen Werte beteiligt sind, werden diese nicht summiert und unterbleiben die nötigen Schutzmaßnahmen. Und doch wäre gerade heute, wo die Betriebe nicht nur moralisch, sondern auch durch Gesetz verpflichtet sind, Kassenbeschädigte einzustellen, die in der produktiven Arbeit beschränkt sind, die Möglichkeit gegeben, durch Ausdehnung der Bewachung, sowohl in bezug auf Feuerverhütung als auf Betriebsfähigkeit der Feuerlöschvorrichtungen, den Feuerschutz erheblich zu verbessern.

### Personalabbau und Feuerwehre.

Doch nicht nur der Feuerschutz in den Industriebetrieben ist mangelhaft. Selbst in den Großstädten, wo er einigermaßen zeitgemäß ist, soll er abgebaut werden. Statt den dort vorhandenen Berufsfeuerwehren die Aufgaben zuzuwenden, daß sie in den Betrieben für Durchführung des nötigen und wirtschaftlich möglichen Feuerschutzes sorgen, soll auch bei den Berufsfeuerwehren das Personal abgebaut werden. Um den Abbau zu ermöglichen, soll ferner die Dienstzeit der Feuerwehrleute verdoppelt werden. Einer Gruppe von Menschen, die schon bisher eine gegenüber den übrigen Arbeitnehmern wesentlich längere Dienstzeit hatte, soll diese noch verlängert werden. Dies soll geschehen, obwohl im Feuerwehrberuf der Verbrauch an Menschen heute schon erheblich größer ist als in anderen Berufen. Menschen, die ihre Berufsaufgabe nur unter opfervoller Hin- und Herbewegung erfüllen können, sollen mit einer weiteren Dienstzeiterweiterung belastet werden. Die Belastung soll zu dem ausgeprochenen Zweck der „Personaleinsparung“ erfolgen. Dadurch werden die Gefahren, die den einzelnen betreffen, ebenso stark vermehrt wie das Personal verringert wird. Dabei ist

mich zu meinem 75. Geburtstag dargebrachten Glückwünsche antworten kann, sage ich hierdurch allen Freunden, Genossen und Genossen meinen herzlichsten Dank.

### Schnelljustiz!

Eine wesentliche Entlastung der Gerichte wird jetzt durch ein vereinfachtes Verfahren bewirkt, durch das Beschuldigte, die auf frischer Tat ergriffen worden sind, sofort dem Strafrichter vorgeführt werden. Es ist das ein Verfahren, das von alters her in England üblich ist, wo der Angeklagte einfache Fälle sofort aburteilt. Da infolge der Abbauverordnung gegenwärtig die Schöffengerichte ohne Schöffen ihre Geschäfte erledigen, werden jetzt im Berliner Polizeipräsidium Verfahren, die in flagrante delicto wurden, zunächst dem Polizeikommissar vorgeführt, der sie vernimmt. Sobald der Angeklagte geständig ist und das Protokoll unterzeichnet hat, wird er sofort in ein Nebenzimmer vor den Amtsrichter geführt, der mit einem Protokollführer Sitzung hält. Der Amtsrichter erhebt auf Grund des polizeilichen Protokolls und nach Anhörung etwa vorhandener Tatzeugen die Anklage, und der Amtsrichter fällt das Urteil. Auf diese Weise werden selbst schwerere Fälle von Totschlag- und Lebensdiebstählen und sogar Einbrüche in ganz kurzer Zeit, ohne den großen Apparat der Instanzen in Bewegung zu setzen, erledigt. In Rom ist selbst man gemäß einer Verordnung des Justizministers daran, alle schwereren Straftaten bis zum 31. März aufzuarbeiten. Zu diesem Behuf sind mehrere „Nachhilfsstrafkammern“ gebildet worden. Beim Landgericht I sind eine 10. und 11. Strafkammer, bei den Landgerichten II und III ebenfalls je eine Hilfsstrafkammer errichtet worden.

### Die Mörder aus der Klopstockstraße.

Der Raubmord in der Klopstockstraße, dem Ende März vorigen Jahres die 42 Jahre alte Ehefrau Pauline Pappe in der Klopstockstraße 83 zum Opfer fiel, wird jetzt seine Sühne finden. Wie wir mitteilen, wurde kürzlich der eine der Täter, der Schlosserlehrling Max Pappe im holländischen Obdam zu hundert Jahren verurteilt. Wie er sagte, hatte sich sein Bruder, der Tagelöhnerlehrling Kurt Pappe, unter dem Namen Kurt Woidel von Bad Homburg aus nach Bayern gewandt. Auf die Raubmordausführung der Kriminalpolizei hin ist es jetzt gelungen, ihn in Schwaben zu ermitteln und zu verhaften. Die beiden Brüder, Stiefbrüder der Ermordeten, werden zur Aburteilung nach Berlin gebracht werden.

Der Tod der Alten. Wieder hat ein altes Ehepaar Hoffnungen den Kampf mit dem Leben aufgegeben. Der 61 Jahre alte Arbeiter Albert Hoppe und seine in demselben Alter lebende Ehefrau Luise wurden in ihrer Wohnung im Hause Müllerstraße 164 in der Nähe im besinnungslosen Zustande aufgefunden. Sämtliche Gasschläuche waren geöffnet. Feuerwehr und Arzt bemühten sich um die Unglücklichen, doch konnte bei beiden nur noch der Tod festzustellen werden. Wahrscheinlich hat Rot die beiden alten Leuten zu dem letzten Schritt getrieben.

Einstellung der staatlichen Geldgeschenke zu Ehejubiläumern. Die äußerst unangenehme Finanzlage des Staates läßt es nicht mehr zu, die aus Anlaß der 50- oder 60-jährigen Ehejubiläumern bisher von der Preussischen Regierung gewährten Geldgeschenke fernherhin zu zahlen. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, wird deshalb durch gemeinsame Veranlassung des Ministers des Innern und des Finanzministers bestimmt, daß Ehrengeschenke aus Anlaß der goldenen oder diamantenen Hochzeit bis auf weiteres vom Staate nicht mehr bewilligt werden.

Eine traurige Ueberholung wurde der Arbeiterin Frau Wohluteil. Als sie nachmittags von ihrer Arbeitstätte nach ihrer Wohnung im Hause Dunderstraße 18 heimkehrte, fand sie ihren Mann, den 40 Jahre alten Arbeiter W., tot im Bett liegend, in der mit Gas angefüllten Wohnung auf. Der Schlauch vom Gasofen war abgerissen. W. war gegen 4 1/2 Uhr morgens heimgekehrt, nachdem seine Frau bereits zur Arbeit ge-

es durchaus nicht an dem, daß die Ausgaben für den Feuerschutz unwirtschaftlich wären. Die Städte Berlin, Hamburg, München und Kiel, für die es möglich ist, festzustellen, in welchem Verhältnis die Kosten des Feuerschutzes zu den Brandschäden der weniger gut geschützten Nachbargebiete liegen, haben in den Jahren 1900-1913 für den Feuerschutz und für Brandschädenvergütung nicht erheblich mehr oder bedeutend weniger aufgewendet als in den weniger gut geschützten Nachbargebieten allein für Brandschädenvergütung aufgewendet werden mußte für den Feuerschutz und für Brandschädenvergütung an Gebäuden wurden in Berlin 0,83 M., in Hamburg 1,14 M., in München 0,87 M. und in Kiel 0,88 M. auf 1000 M. Gebäudeversicherungssumme aufgewendet. Die Aufwendungen für Brandschädenvergütung allein betrugen in Brandenburg-Land 1,52 M., in Schleswig-Holstein 0,77 M., in Bayern 0,91 M. und bei allen öffentlichen Feuerversicherungsanstalten Preußens im Durchschnitt 1,09 M. auf 1000 M. Gebäudeversicherungssumme. Die durch Abwehr von Betriebsstörungen, Witterungsverlusten und Schäden an Rohmaterialien verhinderten Verluste bleiben dabei reiner Gewinn.

### Die Berliner Berufsfeuerwehre.

Dafür, daß es unmöglich ist im Feuerschutz Personal abzubauen, weil der Feuerschutz zu jeder Zeit gegenüber den Bedürfnissen zurückbleiben muß, soll als typisches Beispiel Berlin angeführt werden. In Berlin wurde der Dienst eingeführt, der heute ebenfalls als den Bedürfnissen entsprechend hingestellt wird (48 Stunden Dienst, 24 Stunden frei). Die Berufsfeuerwehre Berlin zählte bei ihrer Gründung 997 Köpfe. Davon waren 411 Spritzenmänner täglich 8 Stunden als Arbeiter in der Straßenreinigung tätig. Für den ausschließlich feuerwehrdienstlichen Dienst demnach noch 586 Köpfe. Augenblicklich beträgt die Stärke der Berliner Feuerwehr 1464 Köpfe. Davon entfallen auf M-Berlin 1050. Die Kopfzahl des Feuerwehersonnals ist demnach um des 1,5fachen gestiegen. Das Stadtgebiet Berlin umfaßt im Jahre 1881 bei rund 430 000 Einwohnern 3671,5 Hektar, im Jahre 1923 dagegen bei 1 020 800 Einwohnern 87 800,56 Hektar. Die Zunahme der bei der städtischen Feuerwehre — bei der alle Gebäude innerhalb des alten Stadtgebietes versichert sein müssen — beträgt von 1881 bis 1916 das 15fache, die Zunahme des Stadtgebietes das 24fache und die Zunahme der Bevölkerung das 9fache. Dem steht gegenüber eine Vermehrung der Kopfzahl der Berufsfeuerwehre um das 1,6fache. Der Feuerschutz hat also in sehr erheblichem Umfange es verstanden, die Entwicklung der Technik in seinem Dienste zu stellen.

Wenn auch die Entwicklung nicht überall dieselbe ist wie in Berlin, so steht doch fest, daß die Entwicklung in Berlin typisch ist für die Entwicklung der Großstädte und Großbetriebe. Was für Berlin festgelegt werden kann, muß als feststehend für alle Großstädte und Großbetriebe anerkannt werden. Wenn im Feuerschutz schon erhebliche Einsparungen an Personal gemacht sind, wenn der Ausbau des Feuerschutzes und damit die Beibehaltung des heutigen Personals eine wirtschaftliche Notwendigkeit ist, muß dieser Ausbau erreicht und der Abbau verhindert werden. Es wäre ein trauriges Zeichen der Zeit, wenn im Feuerschutz Personal eingespart und dafür ein erheblicher Teil des Volkswirtschaftens dem Verlust preisgegeben würde. Erkennung und Anerkennung wirtschaftlicher Notwendigkeiten ist erste Voraussetzung für einen erfolgreichen Ausbau.

gangen war. Er muß bei der Benutzung des Kochers den Schlauch abgerissen haben.

Eine Jubiläumstafel der DSD-Genossenschaftler der 31. Verkaufsstelle, Reichsstraße 3, findet am Donnerstag abends 7 Uhr bei Regenberg, Gartenstraße 78, statt.

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 7. Kreis Charlottenburg. Donnerstag, den 21. Februar, 7 1/2 Uhr, im Schiller-Parksaal. Thema: Die DSD-Genossenschaftler der 31. Verkaufsstelle. Bericht: Die politische Arbeit der DSD-Genossenschaftler. Referent: Genosse Schulz.
- 17. Kreis Köpenick. Die DSD-Genossenschaftler der 31. Verkaufsstelle. Bericht: Die politische Arbeit der DSD-Genossenschaftler. Referent: Genosse Schulz.

### Heute, Mittwoch, den 20. Februar:

- 21. 10. 1 Uhr außerordentliche Parteiversammlung mit den Kreisvorsitzenden der 1. bis 17. Kreise. — Zur Kenntnis der gewerkschaftlichen Angelegenheiten sind die Kreisvorsitzenden mitzubringen. — Der Vorstand trifft um 11 Uhr ein.
- 22. 10. 1 1/2 Uhr Parteiversammlung in der Schulstraße 1. Thema: Die DSD-Genossenschaftler der 31. Verkaufsstelle. Referent: Genosse Schulz.
- 23. 10. 1 1/2 Uhr Parteiversammlung in der Reichsstraße 3. Thema: Die DSD-Genossenschaftler der 31. Verkaufsstelle. Referent: Genosse Schulz.
- 24. 10. 1 1/2 Uhr Parteiversammlung in der Reichsstraße 3. Thema: Die DSD-Genossenschaftler der 31. Verkaufsstelle. Referent: Genosse Schulz.

### Freiungsausschüsse am Mittwoch, den 20. Februar:

- 3. Kreis Wedding. 7 1/2 Uhr Kreisversammlung an bekannter Stelle. Jede Mitteilung muß rechtzeitig sein.
- 20. Kreis Reinickendorf. Die Kreisversammlung treffen sich heute, Mittwoch, abends 7 Uhr vor der Kreisversammlung im Hotel Bauer (Anhalter Bahnhof), Reinickendorf-Bell, Berliner Str. 10, Ecke Sonnenbergstraße. — Referent in der Kreisversammlung: Genosse Schulz.

### Morgen, Donnerstag, den 21. Februar:

- 25. 10. 1 Uhr Parteiversammlung der Parteiverammlung in der Schulstraße 1. Thema: Die DSD-Genossenschaftler der 31. Verkaufsstelle. Referent: Genosse Schulz.
- 26. 10. 1 1/2 Uhr Parteiversammlung in der Reichsstraße 3. Thema: Die DSD-Genossenschaftler der 31. Verkaufsstelle. Referent: Genosse Schulz.
- 27. 10. 1 1/2 Uhr Parteiversammlung in der Reichsstraße 3. Thema: Die DSD-Genossenschaftler der 31. Verkaufsstelle. Referent: Genosse Schulz.
- 28. 10. 1 1/2 Uhr Parteiversammlung in der Reichsstraße 3. Thema: Die DSD-Genossenschaftler der 31. Verkaufsstelle. Referent: Genosse Schulz.

### Freiungsausschüsse am Donnerstag, den 21. Februar:

- 24. 10. 1 1/2 Uhr Parteiversammlung in der Reichsstraße 3. Thema: Die DSD-Genossenschaftler der 31. Verkaufsstelle. Referent: Genosse Schulz.

### Geschäftliche Mitteilungen.

Der Dienst ist die Geschäftsstelle der 31. Verkaufsstelle der Parteiverwaltung. In bedeutenden Mengen finden sie wieder den Weg zu den Geschäften. — Das Ende der Parteiverwaltung bringt den Bauern auf Arbeit und Volkswirtschaft. Die Parteiverwaltung hat die Aufgabe, die Parteiverwaltung zu unterstützen, das ist eine neue Aufgabe. Die Parteiverwaltung ist ein wichtiges Glied in der Parteiverwaltung. Die Parteiverwaltung ist ein wichtiges Glied in der Parteiverwaltung. Die Parteiverwaltung ist ein wichtiges Glied in der Parteiverwaltung.

### Briefkasten der Redaktion.

2. 8. 1924. Berlin hat eine höhere Postkarte für Parteiverwaltung und Parteiverwaltung. Die Karte ist eine Postkarte, die die Parteiverwaltung und Parteiverwaltung enthält. Die Karte ist eine Postkarte, die die Parteiverwaltung und Parteiverwaltung enthält. Die Karte ist eine Postkarte, die die Parteiverwaltung und Parteiverwaltung enthält. Die Karte ist eine Postkarte, die die Parteiverwaltung und Parteiverwaltung enthält.



# Wirtschaft

## Der Frankfurter.

Am Dienstag setzte sich an den internationalen Börsenplätzen der Sturz des französischen Frank fort, so daß die von der französischen Presse lebhaft erörterte Hundertgrenze teilweise um 4 bis 5 Frank überschritten wurde. In Berlin handelte man das englische Pfund mit 102 bis 106 Frank. In der Devisenbörse wurde die amtliche Notiz für Frankreich von 184 auf 178 Milliarden herabgesetzt.

Der Umfang des Franksturzes im Jahre 1924 geht deutlich aus den Notierungen der New Yorker Börse hervor. 100 Frank wurden bezahlt

am 1. Jan.	15. Jan.	25. Jan.	16. Febr.	18. Febr.	19. Febr.
mit 5,09	4,29	4,48	4,86	4,19	4,11 Dollar

Für einen Dollar mußten also in New York am 18. Februar rund 23,88 Frank bezahlt werden, während am 19. Februar der Dollar bereits 24,25 Frank kostete. Der Frank hat damit einen neuen Rekordtiefstand erreicht. Die Veranlassung bildet sehr wahrscheinlich die gespannte innenpolitische Lage in Frankreich.

## Spätes Bekenntnis.

In der Denkschrift über Deutschlands Wirtschaft, Währung und Finanzen, die den Sachverständigen überreicht und jetzt veröffentlicht worden ist, heißt es bei der Darstellung der Geldwertungsstrife und ihrer Folgen:

Unter der Wirkung der fortschreitenden Geldwertungsstrife war die Wirtschaft schon im Ende 1921 allmählich zur Kalkulation in Gold übergegangen. Diese Goldrechnung der Primärwirtschaft hatte die Papiermark in wachsendem Maße als Recheninheit ausgeschaltet. Als im Sommer 1923 unter der Wirkung des Ruhrkampfes die Last der Inflation immer drückender wurde, erzwangen auch die Lohnempfänger den Übergang zum Indexlohn, um der Schädigung durch die Geldwertungsstrife zu entgehen. Von diesem Zeitpunkt an war niemand mehr da, auf den die Last der Inflation, d. h. der durch sie verursachte Substanzverlust abgewälzt werden konnte. Infolgedessen überstürzten sich jetzt immer neue Wellen der Geldwertungsstrife, bis der innere Verkehr schließlich die Mark auch als Zahlungsmittel zurückwies und die deutsche Wirtschaft über kein Zahlungsmittel mehr verfügte.

Die Regierung Marx-Hamm ist den Löhnlern gegenüber ehrlicher als die Industrie es gegenüber ihren eigenen Arbeitern war. Wie oft ist von jenen, als Indexlöhne gefordert worden, uns dargestellt worden, daß die Arbeitnehmer die Papiermark im Interesse der Wirtschaft nicht wertbeständig annehmen müßten. Heute wird gegeben, daß man die Last der Inflation mit Erfolg auf die Arbeiter abwälzen hat. Das ist eine späte Rechtfertigung des Kampfes um die Indexlöhne und Gehälter!

## Die Organisation des Steuerwesens.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht vor einiger Zeit das Rundschreiben einer Steuerbearbeitungs-, Revisions- und Treuhändergesellschaft, in welchem man unter anderem lesen konnte:

„Wenn also bei der Aufstellung der Goldmarkwährung nicht raffiniert verfahren wird, so werden den Steuerpflichtigen für das kommende Jahr außerordentliche Vorteile erwachsen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß es unmöglich ist, von einem noch so tüchtigen Buchhalter zu verlangen, daß er die annähernd 200 Steuerbefreiungsparagrafen auszunutzen versteht bzw. alles das kennt, was das Ergebnis steuerlich günstig gestaltet.“

Es ist Tatsache, daß von 100 Geschäften 99 zuviel versteuern, trotz Führung und Revision ihrer Bücher durch sogenannte Sachverständige.

Um Ihnen nun in der Zeit dieses Steuerwimmerns selbst in den verzweifeltsten Fällen durchgreifend zu helfen, bieten wir Ihnen hiermit unsere Organisation an.

Durch ein eigenes, bis ins kleinste durchdachtes und allgemein verständliches System, das eine unbedingte Geheimhaltung der Geschäftsführung und des Vermögens verbürgt, sind wir in der Lage, für unsere gesamte Rundschau von der Aktiengesellschaft bis zum kleinsten Handwerker die Buchführung zu übernehmen, um damit schon bei jeder Einzeldruckung steuerliche Vorteile wahrnehmen zu können.

Trotz aller hier angeführten Vorteile, die Sie sich durch die Benutzung unseres Instituts sichern, sind wir in der Lage, ganz bedeutend billiger zu sein als jeder Buchhalter oder Bücherrevisor und sichern Ihnen trotzdem individuellste Behandlung zu.

Unsere Berücksichtigung hat dem zuständigen Finanzamt Veranlassung gegeben, vor jener Firma zu warnen. Wie uns der Verband deutscher Treuhänder und Revisionsgesellschaften e. V. dazu mitteilt, wird er die alte Steuerberatungsfirma ausschließen.

Das mag alles ganz gut und schön sein, wichtiger wäre doch, energisch nachzuprüfen, ob jenes Unternehmen nicht schon Steuerhinterziehungen praktisch durchgeführt hat. Die Gerichte sind, wie es scheint, mit den etwa 2000 laufenden „Landesvertrags“-prozessen aber so belastet, daß ihnen dazu keine Zeit bleibt.

## Der Viehverkehr mit Vieh.

Im Januar 1924 kamen auf die 36 bedeutendsten Schlachtviehmärkte an lebendem Rindvieh:

	Januar 1924	Januar 1923
Rinder . . . . .	95 212	125 282
Kühe . . . . .	78 765	73 479
Schafe . . . . .	50 303	50 177
Schweine . . . . .	2 9 123	196 506

Aus den Ziffern ist ersichtlich, daß die Klagen der landwirtschaftlichen Blätter durchaus nicht bedingungslos richtig sind. Sie behaupten, daß im besonderen im Januar das Vieh in riesenhaften Massen auf die Märkte gekommen sei, weil die steuerlichen Lasten dazu gezwungen hätten. In Wirklichkeit ist im Januar 1924 gegenüber 1923 nur der Schweineantrieb erheblich gestiegen. Für Küber ist der Unterschied ebenso wenig beachtlich wie für Schafe, dagegen ist die Beschickung mit Rindvieh in diesem Januar um rund dreißig Prozent geringer als im Januar des Vorjahres. Dabei ist zu beachten, daß es damals dem Bauer gut ging und der Konsument von Tag zu Tag mit der Papiermark erneut betrogen wurde, während es doch heute angeblich umgekehrt sein soll.

## Deutschlands Währung, Wirtschaft und Finanzen.

Die Reichsregierung hat den in Berlin zusammengetretenen Sachverständigenausschüssen der Reparationskommission eine Denkschrift überreicht, die ein umfassendes Material für das Studium von Deutschlands Wirtschaft, Währung und Finanzen zur Verfügung stellt. Diese Denkschrift ist jetzt im Zentralverlag G. m. b. H. veröffentlicht. (Deutschlands Wirtschaft, Währung und Finanzen. Im Auftrage der Reichsregierung den von der Reparationskommission eingesetzten Sachverständigenausschüssen übergeben. Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W. 35, 1924. Preis 2,50 Gm.)

Die reichhaltige Wirtschaftsstatistik zur Beurteilung der Lage Deutschlands bringt eingehende Vergleiche aus allen Zweigen der Wirtschaft und benutzt hierbei zum Teil sonst wenig zugängliche und neueste Erhebungen. Der erläuternde Teil behandelt den Unterschied zwischen Deutschlands Volkswirtschaft vor und nach dem Kriege, würdigt die Stabilisierungsversuche und zeigt die Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet. Auch die Währungsfrage wird dargelegt. Die Fülle des Inhalts wird durch diese kurze Charakterisierung bei weitem nicht hinreichend gekennzeichnet.

## Derzeitige Arbeitsmarktlage in der Provinz Brandenburg.

In der Gesamtbeschäftigung sind wesentliche Veränderungen in der Berichtswache gegenüber der Vorwoche nicht eingetreten. In der Landwirtschaft wurden weitere ledige Kreuze und Wägel

## Durchschnittspreise im Verkehr des Berliner Lebensmittelgroßhandels mit dem Einzelhandel vom Dienstag, 19. Februar.

Die Preise verstehen sich in Goldmark für je 50 kg frei Haus Berlin.

Gerstengraupen, lose . . . . .	15,75—16,80	Pöstkaffee Zentralamt . . . . .	220,00—400,00
Gerstenerutze, lose . . . . .	15,75—16,80	Röstkaffee Brasil . . . . .	225,00—270,00
Hatzenlocken, lose . . . . .	14,00—15,00	Malzkaffee, gepackt . . . . .	23,00—25,00
Hatzenröhre, lose . . . . .	13,50—16,50	Röstgetreide, lose . . . . .	15,00—16,00
Roggenmehl 0/1 . . . . .	13,00—14,00	Kakao Letarm . . . . .	100,00—12,00
Weizenmehl 0/1 . . . . .	18,10—18,80	Kakao, leicht entölt . . . . .	13,00—150,00
Hafermehl . . . . .	22,00—25,50	Tee Souchon . . . . .	342,00—350,00
Malzextrakt . . . . .	14,75—15,75	Tee, indischer . . . . .	425,00—43,00
Weizen-Auszugmehl . . . . .	17,00—17,00	Inlandszucker basis mel . . . . .	36,00—39,00
Speisebun, Victoria . . . . .	19,00—24,00	Inlandszucker Raffinade . . . . .	41,00—43,00
Speisebun, kleine . . . . .	16,00—18,00	Zucker Würfel . . . . .	46,00—47,00
Bohnen, weiße, Perl . . . . .	20,00—24,00	Kunsthonig . . . . .	40,00—45,00
Landbohnen handverles. . . . .	3,70—31,00	Marmelade Einf. Erdb. . . . .	108,00—111,50
Linzen, kleine . . . . .	26,00—32,00	Marmelade Vierfrucht . . . . .	33,00—35,00
Linzen, mittel . . . . .	36,00—40,00	Zuckerropf hell in Elm. . . . .	50,00—55,00
Linzen, große . . . . .	4,15—43,00	Zuckerropf dunkl in Elm. . . . .	31,00—35,00
Kartoffel mehl . . . . .	16,00—18,00	Phosphormus in Elmern . . . . .	50,00
Makkaroni, lose . . . . .	40,00—45,00	Stromsalz, lose . . . . .	3,70—4,00
Makkaronimehl . . . . .	35,00—38,00	Stromsalz, lose . . . . .	4,00—5,20
Schnittmehl, lose . . . . .	21,00—26,00	Bratenfett in Tierces . . . . .	69,50—72,00
Burma II ungelöst . . . . .	17,00—19,00	Purelard in Tierces . . . . .	68,50—70,00
Tafelreis, glänzend, Patan . . . . .	19,00—24,00	Speisefett in Packung . . . . .	40,00—52,00
Tafelreis, glänzend, Java . . . . .	27,00—30,00	Margarine, Handelsm. I . . . . .	56,00—
Grober Reischreis . . . . .	15,50—17,50	dess. II . . . . .	45,00—52,00
Rinsapfel, amerik. extra . . . . .	115,00—125,00	Margarine, Spezialm. I . . . . .	71,00—
Getr. Pflaumen . . . . .	43,00—48,00	dess. II . . . . .	71,00—80,00
Getr. Pflaumen entsteint . . . . .	52,00—60,00	Molkereimutter . . . . .	22,00—25,00
Korinthen in Kist. choice . . . . .	80,00—90,00	Landbutter . . . . .	190,00—200,00
Rosinen in Kisten, Candia . . . . .	75,00—85,00	Auslandbutter . . . . .	220,00—225,00
Solanzinwa in Kisten . . . . .	83,00—95,00	Corned beef 12 1/2 lbs p. K. . . . .	35,00—36,50
Mandeln, bittere Bari . . . . .	130,00—150,00	Speck, gesalzen, fett . . . . .	60,00—61,00
Mandeln, süße Avola . . . . .	145,00—160,00	Quadratkäse . . . . .	40,00—50,00
Kassia Vera . . . . .	110,00—120,00	Quarkkäse . . . . .	35,00—50,00
Kümmel, holländischer . . . . .	145,00—150,00	Fischer Käse, vollfett . . . . .	115,00—125,00
Schwarzer Pfeffer Singsap. . . . .	95,00—100,00	Tilsiter Käse, halbfett . . . . .	55,00—65,00
Weißer Pfeffer . . . . .	130,00—141,00	Ausl. ungeruck. Condensmilch 4 1/2 % . . . . .	24,00—26,00
Rohkaffee Zentralamerika . . . . .	240,00—300,00	Inländische desgl. 4 1/2 % . . . . .	19,00—21,00
Rohkaffee Brasil . . . . .	17,00—200,00	Inl. gez. Condensm. 4 1/2 % . . . . .	29,00—31,00

Heutige Umrechnungszahl 1500 Milliarden

verlangt, die nicht immer vom zuständigen Arbeitsnachweis gestellt werden konnten. Aus dem Bergbau wird gemeldet, daß das Schönerer Kohlenwerk Petershagen eingelegt hat. Dagegen ist die Nachfrage nach Arbeitskräften im Bezirk Senftenberg etwas reger gewesen. Durch den anhaltenden Frost sind die geringen Nachfragen in der Steinzeugindustrie und dem Baugewerbe wieder zum Stillstand gekommen. Dagegen hat eine Zementfabrik rund 80 Arbeiter neu eingestellt. Die Arbeitsmarktlage der Glasindustrie ist sehr ungünstig. Die metallverarbeitende Industrie zeigt sich wenig aufnahmefähig. Die Singer-Nähmaschinenfabrik in Wittenberge hat 2476 Personen ausgespiert, da die Beschäftigung die neuzeitliche Arbeitszeit ablehnte. In dem Holz- und Schnitzstoffgewerbe hielt die allgemeine günstige Entwicklung mit Ausnahme der Sägewerke an. In der Textilindustrie ist die Beschäftigung weiter als gut zu bezeichnen. Die in der Tuchindustrie angebotenen Rindungen sind zurückgenommen worden, da vor dem Schlichter der Provinz zwischen den Beteiligten eine Einigung erzielt worden ist. Ein weiterer Rückgang von Erwerbslosen machte sich auch im Viehwirtschaftsgewerbe bemerkbar. Auch die optischen Glasfabriken sind fast alle voll beschäftigt. Die Nachfrage nach Hauspersonal konnte von dem größten Teil der Arbeitsnachweise nicht immer erledigt werden.

## Zusammenbruch eines Petersburger Trusts.

Die seit dem Herbst herrschende, teilweise zwar gemilderte, im ganzen aber noch keineswegs behobene Abwärtsphase hat die finanzielle Lage des Petersburger Röhrenindustrie Trusts sehr ungünstig beeinflusst. Die Verschuldung des Trusts beträgt 3510 000 Tschern.-Rbl. Unter den Gläubigern befinden sich die Getreidegesellschaft „Chlodoproduct“, der Petersburger Leinwand Trust usw. Die Umschmelzung des Trusts betragen 4 786 000 Tschern.-Rbl., wovon aber 3 510 000 auf nicht realisierte Warenvorräte entfallen. Da der Trust nicht in der Lage ist, von sich aus zu einer Sanierung seiner Finanzen zu gelangen, sollen demnächst seine Gläubiger über Form und Weg einer solchen Sanierung beraten. — Damit wird allgemein die schwierige Lage der russischen Staatsindustrie sichtbar.

Die Preissteigerung. Am 11. Februar kosteten im Berliner Kleinhandel Kartoffeln und Gemüse 3,8, Fleisch 5,9, Milch und Eier 7, Getreide und Backmittel 0,5 Proz. mehr als am 4. Februar!

Englische Wuchererbämpfung. In später Abendstunden übermittelte das englische Kabinett der Presse folgende Informationen: „Das Kabinett hat aus verschiedenen Teilen des Landes Nachrichten erhalten, daß die Preise für Fleisch und andere Lebensmittel erhöht worden sind, und zwar zwischen 30%, und 50 Proz. Für diese Erhöhung besteht kein Grund, außer der Sucht der Kaufleute, von dem Publikum ungerechtfertigte Preise zu verlangen.“ Die Justizbehörden sind aufgefordert worden, alle notwendigen energischen Maßnahmen zu ergreifen, um einer Ausbeutung der Verbraucher infolge des gegenwärtigen Streiks entgegenzutreten.

Mitmetallpreise. Die Metall- und Rohstoff-G. m. b. H. gibt folgenden Bericht über Mitmetallpreise (steigend) verpackt, in geschlossenen Quantitäten, bei kleineren Posten entspr. Abz. bzw. Zuschlag) vom Metallmarkt. Für 100 Kilogramm werden gezahlt: Aluminium 100—110 M., Niroloy 92—98 M., Messingpläne 60 bis 65 M., Gießmessing 78—78 M., Messingblechabfälle 98—105 M., Aluabf. 42—46 M., neue Zinkabfälle 49—51 M., Aluabfälle 49 bis 52 M., Aluminiumblechabfälle 98 99 %, 170—185 M., Zinkabf. 80 %, 200—210 M.

## Jugendveranstaltungen.

Werbung, Unterrichtsleiter! Wie möchten Sie denn wissen, daß von verschiedenen Abteilungen noch keine Eintrittskarten zum Kunstabend unseres Gesamtvereins am Sonntag, den 18. März, in der Aula des Gymnasiums ausgeht worden sind. Ferner weisen wir noch darauf hin, daß auch die Karten zum Abonnementvorstellung am 2. März „Maria Stuart“ zum Grundpreis von 75 Pf. abgeholt werden müssen; Einzelkarten zum Preis von 1 M. sind ebenfalls noch erhältlich.

## Heute, Mittwoch, den 20. Februar, 7 1/2 Uhr:

Schönheuter Herbst: Jugendheim Sonnenbühne, Str. 24, Döllingstraße, abend: „Worum bin ich in der S. S. 1.“ — Eintracht: Jugendheim Buchenberger, 34, Kolo-Burgweg-Köpenick. — Eintracht (Weidenberger Viertel): Jugendheim Blücherstr. 15, abend: „Temp. Hoff: Jugendheim Germania, 4-6, Vortag: „Von Steinbecker zum modernen Bergbau“, 1. Teil. — Friedrichshagen: Jugendheim Berliner Str. 45, Vortag: „Germanische Wagnisgesellschaft“. — Kaulbars: Jugendheim Abellstr. 24, Vortag: „Die rechtshilfliche Jugendbewegung“. — Reinickendorf: Jugendheim Kugler-Viktoria-Allee, Vortag: „Wilt co einen Gott?“. — Kaulbars: Jugendheim Vortag: „Das alte Rom“.

Ordnungsleiter! Die Funktionäre finden nicht in Jugendheim, sondern in der Schule in Schöneberg, Spindel-Damm-Str. 6 (Schule), statt. Thema: „Die internationale Jugendbewegung“, Weizsäcker-Weg 10, 11.

## Übler Mundgeruch

entstehen das schärfste Mittel. Felde über werden sofort in vollkommen umschüssiger Weise beiliegend durch die bewährte Zahnpasta Chlorodont.

Die neue 38 Zigarette in der „Manoli-Trommel!“

**VOLKSBUHNE E. V.**  
 Sonntag, den 24. Februar, vormittags 11 1/2 Uhr, im Großen Schauspielhaus  
**Wohltätigkeits-Matinee**  
 zugunsten notleidender Schriftsteller  
 Ansprache Reichspräsident Paul Lobe  
 Mitwirkende: Das verstärkte Synchronorchester unter Leitung von Dr. H. Unger, Der Hagar-Orchester unter Leitung von H. Röhrbach, Der Sprechchor für die protestantischen Pfortenländer unter Leitung von A. Florath, Rezitationen: Franz Rosoff  
 U. A. O. Fried: DAS ERTELIED von Richard Demmel, für Chor u. Orchester  
 Eintrittskarten 1,50 Mk. in der Geschäftsstelle der Volksbühne, Liniestraße 227; in der Volksbühnenbuchhandlung, Köpenicker Straße 65; an den Theatrischen Theaterkassen bzw. Nichtmitgliedern der Volksbühne zahlen im Theater 0,50 Mk. nach. 187-20

**Besonders** wirkt sam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts“ und trotzdem **billig!**

**Ziehung schon 7. März**  
**Preussische Staats-Lotterie.**  
**Riesengewinne in Rentenmark**  
 Hauptgewinn: 1 Million Rentenmark.  
 1. Hauptgewinn 500 000 Rentenmark  
 2. „ 300 000 „  
 3. „ 200 000 „  
 Originallose 1, 1/2, 1/3, 1/4, 1/5, 1/10, 1/20, 1/50, 1/100, 1/200, 1/500, 1/1000, 1/2000, 1/5000, 1/10000, 1/20000, 1/50000, 1/100000, 1/200000, 1/500000, 1/1000000  
 -Lückserie 10 Achtel aus verschiedenen Tausend.-St.  
 Versand geg. Nachnahme oder Voreinsend. d. Betrags Postcheckkonto: Berlin 31155, Staats Lotteriedirektor, Leipziger, Berlin NW 87, Gorkowskystr. 27



# A. Wertheim

Leipziger Straße  
(Versand-Abteilung)  
Königsstraße  
Rosenthaler Straße  
Moritzplatz

**König's Kochbuch** für die bürgerliche Küche  
mit über 350 Kochrezepten. Mit einem Anhang über Getränke. Die Behandlung der Wäsche; Nützliche Baste für den Haushalt; Hausapotheke; Die Einmachzeit.  
315 Seiten stark . . . . . **33 Pf.**

## Gute billige Bücher

Goethes Faust. 1. und 2. Teil in einem Bande. Herausgegeben von Prof. Dr. Carl Schibbe.  
Eduard Mörike, Erzählungen u. Märchen (Wieder auf der Reise nach Prag, Das Stillsitzende Caplanmännlein u. a.) Herausgegeben von Dr. Gustav Wang.  
Johann Gottlieb Fichte, Die Anweisung zum heiligen Leben. Herausgegeben von Dr. Ulrich Scholl.  
Johann Gottlieb Fichte, Reden an die deutsche Nation. Herausgegeben von Dr. Arthur Hebert.  
Graf Gobineau, Die Renaissance. Savonarola / Giesse Borgha / Julius II. / Leo X. / Michelangelo. Übersetzt und herausgegeben von Dr. Hanns Rieker.  
Berthold Auerbach, Barfußel. Herausgegeben von Dr. Rudolf Hertz.

Oscar Wilde, Erzählungen und Märchen. Herausgegeben von Dr. Hanns Rieker.  
Wilhelm Hauff, Novellen. Herausgegeben von Alexander von Gleichen Kapfmann.  
Chamisso, Peter Schlemihl und Auswähl von Gedichten. Herausgegeben von Dr. Bruno Wille.  
Charles Dickens, Die Geschichte von zwei Städtchen. Übersetzung von Hedwig Jahn.  
Goethes Briefe an Charlotte von Stein. Herausg. von Dr. Hans Heinrich Worchel. (2 Bände.)

Jeder Band in Ganzleinen gebunden mit echtem Goldtitel

**2.-**  
Mark

Gottfried Keller, Der grüne Heinrich. Herausgegeben u. von Dr. G. Keller. 2 Bände.  
Immanuel Kant, Kritik der reinen Vernunft. Herausgegeben von Dr. Felix Gross. 2 Bände.  
Gottfried Keller, Die Leute von Seldwyla. Herausgegeben von H. Koller.  
Franz Dingeldey, Die Amazone. Herausgegeben von Dr. E. Börsig.  
Ziti Kutenpiegel, Die Schilddörfer. Herausgegeben von Dr. E. Börsig.  
Giuseppe Prezzolini, Märchen. Herausgegeben von Felix Amelung.  
Theodor Storm, Der Schimmelreiter, Poole Poppensoldat u. andere Novellen. Herausgegeben von Dr. Gustav Wang.

Theodor Storm, Immenhof, Renate und andere Novellen. Herausgegeben von Dr. Gustav Wang.  
Fr. Hebbel, Die Nibelungen. Herausgegeben von Felix Amelung.  
Fr. Hebbel, Gedichte. Herausgegeben von Felix Amelung.  
Franz Grillparzer, Dramatische Meisterwerke I. (Die Ahnfrau - Sappho - Der Traum ein Leben - Silber.) Herausgegeben von Prof. Dr. Rosenbergl.  
Franz Grillparzer, Dramatische Meisterwerke II. (Das goldene Vließ [Der Schatzfreund] - Die Argonauten - Weber) - König Ottokar's Glück und Ende.)  
Franz Grillparzer, Dramatische Meisterwerke III. (Ein treuer Diener seines Herrn - Des Meeres und der Liebe Wellen - Weib dem der Lüge - Die Jüdin von Toledo.)

### Modernes Antiquariat

Landwirtschaft u. landwirtschaftl. Gewerbe u. Industrien. Mit 629 Textabbild. u. 9 Beilagen. 758 Seiten. Geb. nur **5.50**  
Die Verarbeitung der Metalle. Mit 1617 Textabbildungen und 6 Beilagen. 725 Seiten. Gebunden nur **5.50**  
Mit Schlägel und Eisen. Eine Schilderung des Bergbaues und seiner technischen Hilfsmittel. Von Dr. Wilh. Bergh. Mit 26 Kartom.-Bilder u. 370 Textabbildungen. 800 Seiten. Gebunden nur **5.50**  
Der Weltverkehr und seine Mittel. I. Band mit 764 Textabbildungen u. 14 Beilagen. 764 Seiten. II. Band mit 285 Textabbildungen u. 3 Beilagen. 497 Seiten. Beide Bände gebunden nur **11.-**  
Durch die weiße Wüste. J. P. Koch's dänische Forschungsreise quer durch Nordgrönland 1912-13. Deutsche Ausgabe von Prof. Dr. Alf. Wegener. Mit 158 Textabbildungen u. 2 Karten. 248 Seiten. Kunstdruckpapier. Halbleinwand. nur **6.50**  
Vorzugspreise nur in dieser Woche gültig.

### Illustrierte Globus-Führer.

Jeder Band elegant gebunden **2.-** Mark

Führer durch die Philosophie. Philosophenlexikon und philol. Sachwörterbuch in alphabetischer Ordnung, allgem. verständlich von Dr. Alfred Sternbed. Mit 15 Bildnissen. Soeben erschienen  
Führer durch die Kongerimust. Volkstümliche und allgemeinverständliche Ausführung über etwa 1500 Werke mit 114 Komponisten mit 200 Musikbeispielen von Dr. Max Burghard. Jahrbuch mit 16 Porträts.  
Führer durch die Kunstgeschichte bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts. Mit 16 Selbstporträts von Titien, van Dyck, Hals, Kneller, Rembrandt, Rubens u. a. Herausgegeben von G. B. Weidinger.  
Johannes Brahms. Ein Führer durch seine Werke mit einer einleitenden Biographie, zahlreichen Noten und einer Anzahl Illustrationen und einem Überblick über die Symphonik von Dr. Max Burghard.  
Führer durch die Musikgeschichte. Eine allgemeinverständliche Darstellung der Musikgeschichte von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart u. Max Chop. Mit Porträts, Tafeln und anderen Illustrationen.  
Führer durch die moderne Literatur. Mit zahlreichen Porträts. Von Weidinger.  
Führer durch die deutsche Literaturgeschichte. Jahrbuch. Bearbeitet von Weidinger und Kühn.

Führer durch die Opern. Eine 20 Operntexte nach Angabe des Inhalts, der Gesänge, des Personals und Szenenbildes. Herausgegeben von Theaterdir. Leo Wolff. Mit 16 Szenen-Entwürfen in Photographieform.  
Führer durch die Opernmusik. Ein musikalischer Führer durch die Opern-Opern der deutschen Bühnen. Mit etwa 400 Notenbeispielen u. Max Chop.  
Führer durch die Operetten. 134 Operettentexte nach Angabe des Inhalts, des Personals und der Szenen von Theaterdirektor Leo Wolff. Jahrbuch mit 16 Szenen-Entwürfen.  
Führer durch das Schauspiel. Die dramatischen Werke der Weltliteratur von Sophokles bis zum Beginn der Renaissance; ihrem Inhalt nach wiedergegeben u. Theaterdir. Leo Wolff. Jahrbuch mit 16 Szenen-Entwürfen in Photographieform.  
Führer durch das Schauspiel der Gegenwart. Die dramatischen Werke der Gegenwart, ihrem Inhalt nach wiedergegeben von Theaterdir. Leo Wolff. Jahrbuch mit 16 Szenen-Entwürfen in Photographieform.  
Führer durch Richard Wagners Musikdramen. Allgemeinverständliche Erläuterungen der Dichtung und Musik von Wagners Musikdramen nach einer Anleitung über Wagners Leben und Kunsttheorie von Dr. Max Burghard. Mit 200 Musikbeispielen (sowie illustriert durch 16 Szenen-Entwürfen in Photographieform)

Menschenherzen müssen fröhlich sein  
12 Lieder zur Saute oder Gitarre. 75 Pf.  
Für Herz und Gemüt. 33 der beliebtesten Lieder in 2 Bänden. Lieder von Wolm. Hermann, G. Bach, Coppe, Rheinländer, Wachen, Rothel, Mies, Meyer u. Helms. 1.95  
Jeder Band ca. 60 Seiten stark.  
Sidney Smith, Album. Enthält 6 große Opern-Porträts u. a. Preis 1.50  
Figaro, Oberon, Eugenien, Don Juan  
Billige antiquarische  
Noten 20, 60, 75 Pf.

## Musikalien

Fejérs Album, 21 der bekanntesten und beliebtesten Werke von László Fejér. In zwei Bänden, erste: Monnada und der Hölzer, Hoffmann's Erzählungen, Bartók's-Ballett, Schilchen am Meer, Schilchen und Schilchen u. a. 2. Band . . . . . 1.95  
Opern-Schulbüchlein, 8 Teufel-Polpourri, im leichten und eleganten Stil mit genauer Bezeichnung des Fingertages 1.-  
Musikalische Plaudereien. Sammlung von 20 amüsant. Klavierstücken, mittel- schwer. 108 S. stark. eleg. brosch. 1.95

Deutsche  
Musiksammlung  
Herausgegeben von Heinrich Mannfred. 507 verschiedene Nummern. Spezialverzeichnis verlangen.  
Jede Nr. **20** Pf.

Neues Operetten-Polpourri. Mit 1200 Schilchen - Ich bin der liebe Gott den Fuß; 4. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 535. 536. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 589. 590. 591. 592. 593. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 600. 601. 602. 603. 604. 605. 606. 607. 608. 609. 610. 611. 612. 613. 614. 615. 616. 617. 618. 619. 620. 621. 622. 623. 624. 625. 626. 627. 628. 629. 630. 631. 632. 633. 634. 635. 636. 637. 638. 639. 640. 641. 642. 643. 644. 645. 646. 647. 648. 649. 650. 651. 652. 653. 654. 655. 656. 657. 658. 659. 660. 661. 662. 663. 664. 665. 666. 667. 668. 669. 670. 671. 672. 673. 674. 675. 676. 677. 678. 679. 680. 681. 682. 683. 684. 685. 686. 687. 688. 689. 690. 691. 692. 693. 694. 695. 696. 697. 698. 699. 700. 701. 702. 703. 704. 705. 706. 707. 708. 709. 710. 711. 712. 713. 714. 715. 716. 717. 718. 719. 720. 721. 722. 723. 724. 725. 726. 727. 728. 729. 730. 731. 732. 733. 734. 735. 736. 737. 738. 739. 740. 741. 742. 743. 744. 745. 746. 747. 748. 749. 750. 751. 752. 753. 754. 755. 756. 757. 758. 759. 760. 761. 762. 763. 764. 765. 766. 767. 768. 769. 770. 771. 772. 773. 774. 775. 776. 777. 778. 779. 780. 781. 782. 783. 784. 785. 786. 787. 788. 789. 790. 791. 792. 793. 794. 795. 796. 797. 798. 799. 800. 801. 802. 803. 804. 805. 806. 807. 808. 809. 810. 811. 812. 813. 814. 815. 816. 817. 818. 819. 820. 821. 822. 823. 824. 825. 826. 827. 828. 829. 830. 831. 832. 833. 834. 835. 836. 837. 838. 839. 840. 841. 842. 843. 844. 845. 846. 847. 848. 849. 850. 851. 852. 853. 854. 855. 856. 857. 858. 859. 860. 861. 862. 863. 864. 865. 866. 867. 868. 869. 870. 871. 872. 873. 874. 875. 876. 877. 878. 879. 880. 881. 882. 883. 884. 885. 886. 887. 888. 889. 890. 891. 892. 893. 894. 895. 896. 897. 898. 899. 900. 901. 902. 903. 904. 905. 906. 907. 908. 909. 910. 911. 912. 913. 914. 915. 916. 917. 918. 919. 920. 921. 922. 923. 924. 925. 926. 927. 928. 929. 930. 931. 932. 933. 934. 935. 936. 937. 938. 939. 940. 941. 942. 943. 944. 945. 946. 947. 948. 949. 950. 951. 952. 953. 954. 955. 956. 957. 958. 959. 960. 961. 962. 963. 964. 965. 966. 967. 968. 969. 970. 971. 972. 973. 974. 975. 976. 977. 978. 979. 980. 981. 982. 983. 984. 985. 986. 987. 988. 989. 990. 991. 992. 993. 994. 995. 996. 997. 998. 999. 1000.

Operette und Tanz. Band III  
Enthält 20 Operetten, u. a. Sonnenblume (Saxifrage); Morpium Volkow; Im Trauer blickt wieder die Sonne; Sonn' wenn du Geduld hast; Romm nach Paro-gonne; Knecht nach Jahn (Gelber); Gleich nach Jahn (Gelber); Gleich nach Jahn (Gelber). 1.50  
Calon-Perlen. Ausgewählte Unterhaltungs-musik des 19. Jahrhunderts, enthält ca. 12 Salonstücke . . . . . 1.50  
Für die Eltern und Salon, Mechanik. 20 erfolgreiche Rode-Klänge, 50 Seiten stark, elegant broschiert . . . . . 1.95  
Modernes Salon-Album, ca. 8 Konz. enthält: Weiser für Klavier . . . . . 1.-

**Theater, Lichtspiele usw.**

**Staats-Theater**  
Opernhaus  
7 1/2 Uhr: Martha  
Opernhaus  
am Königplatz  
7 1/2 Uhr: Bajazzo  
Gruppenstücke  
Schauspielhaus  
7 1/2 Uhr: D. Fest d. Handwerker / Guten Morgen, Herr Fischer!  
Schiller-Theater  
7 1/2 Uhr: Maria, Sappho

**Deutsch-Theater**  
7 1/2 Uhr:  
Sankin und der Haupttreffer  
Kammerspiele  
7 1/2 Uhr:  
Der Nöblich

**Theater I. d. Köllgrabenstr.**  
7 30 Uhr: Sommer-nachtsraum

**Komödienhaus**  
8 Uhr:  
Jolandas letztes Abenteuer

**Th. Admiralialplatz**  
Alfabendlich 7 1/2 Uhr:  
Ganter und drüber

**Deutsch-Opernhaus**  
7 1/2 Uhr: Troubadour  
Blech, Debecke, Leisner, Fritz-Kranz

**Intimes Theater**  
8 Uhr: Der Hindupfrop  
Der Schrei usw.

**Metropoli-Theater**  
7 1/2 Uhr: Marietta  
Operette v. Kollia

**Neues Theat. a. Zoo**  
7 1/2 Uhr:  
LILLY FLOHR in Meine Tochter Otte  
Neues Volkstheater  
8 Uhr: Der Graf von Luxemburg

**Renaissance-Theat.**  
8 Uhr: Revolutionshochzeit

**Thalia-Theater**  
7 1/2 Uhr: Frasquita  
Kam.-S. Jaslowski, Martha Serak

**Waller-Theater**  
7 1/2 Uhr: Mad. Pharao  
Gorina, Leck, Hing, Lütner, Ritter

**Lustspielhaus**  
8 Uhr: Der Held des Westlandes

**Thalia-Theater**  
Dresdener Straße 72/73 Täglich Fernspr. Mpl. 4440, 2778  
Das Ereignis der 1/28 Berl. Theater-Saison!  
**„Frasquita“**  
Operette von Franz Lehár  
Reg: Karl Platen, Dirig: Werner Günther, Tänze: Jan Trojanowski  
Hauptdarsteller:  
Kammersänger Hermann Jaslowski, Budapest. Staatsop. Karl Platen, Lisa Weiss, Marika Serak, Engen Koltel  
Vorverkauf an der Tageskasse ab 10 Uhr vorm. bis 7 Uhr abds. ununterbrochen sowie bei Wertheim u. den übrigen Theaterkassen  
Fahrverbindungen: U-Bahn, Inselstr., Staats-Jannowitzbr., Inselstr. 1, 11, 13, 28, 41, 44, 47, 48, 54, 69, 74, 76, 87, 91

**Große Volksoper im Theater des Westens**  
7 1/2 Uhr: Rodelinde  
Täglich Kammer-Oper Lützowstr. 112  
Dirig: Dr. Franz Bräuer - Mus. Leit.: Dr. Ludwig Prill  
Friedrich v. J. P. Reichardt / Johann, d. must. Sinfoniker m. alten Volkslied. / Die verwandelte Katze von Offenbach.

**Neues Operetten-Th.**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Die Guido Thielscher verlagte Nacht**  
Schönheit L. d. W. v. Franz Arnold u. Ernst Bach. Ein Stück - Carlo Rommer - Giny Smolowa Camilla Spira - Tony Tetzliff - Holzer u. Marlow - Leo Postort - Berthold Heilig.

**Casino-Th.** 8 Uhr:  
Der neue Schlager  
**Die Mail vom Steinhof**  
Reisballett. Tägl. 8 1/2 Uhr u. Sonntag 3 Uhr  
Stettiner Sänger  
**Elite-Sänger**  
Das neue Febr. Programm!

**Walhalla**  
Theater Weinbergweg  
15 Weltattraktionen

**Apollo-Theater**  
7 1/2 Uhr: Dir. James Klein 7 1/2 Uhr  
Das weltberühmte Schauspiel  
**Volk und Krone**  
1. Teil aus Em. Ludwigs Bismarck-Trilogie  
Über 200 Mitwirkende!  
Regie: v. L. am Ende. Musik: v. L. am Ende.

**Unglaublich billig und gut kaufen Sie Bettwäsche und Leibwäsche in der Central-Bettwäsche-Fabrik**

G. m. b. H.  
Hauptgeschäft: Berlin C 2, Breite Strasse 8/9  
Filialen: Charlottenburg, Berliner Str. 99 / Friedenau, Rheinstr. 39

Beispiele:

<b>Damenhemden</b> mit Stöckerei <b>1.75</b>	<b>Damen-Garnituren</b> Hand und Beinkleid mit lehrer Stöckerei <b>4.95</b>	<b>Damen-Garnituren</b> Taghemd, Beinkleid u. Nachthemd aus reinem Macotuch <b>18.50</b>
<b>Untertailen</b> <b>0.95</b>	<b>Oberhemden ppa.</b> mit 7 Kragen <b>6.50</b>	<b>Schlafdecken</b> hervorragende Qualität mit Seidenband infassung 150x200 <b>11.95</b>
<b>Dimiti</b> pa. Qualität <b>1.35</b>	<b>Hemdentuch</b> voll 60 breit <b>0.65</b>	<b>Linon</b> 1 1/2 fache Waas <b>0.95</b>
<b>Cretonne</b> 1a. Qualität <b>0.90</b>	<b>Linon</b> 150 breit <b>1.55</b>	<b>Damast-Handtücher</b> schöne Muster <b>0.95</b>

**Neue Welt**  
A. SCHOLZ Hasenheide 108-114  
Heute Mittwoch, den 20. Febr.  
**Bockbierfest**  
in den bayer. Alpen  
8 Kapellen / Rutschbahn / Bayer. Madl  
Spezialität:  
**Orig. Münch. Weißwürstl**  
Einlaß 8 Uhr Anfang 7 Uhr  
VORANZEIGE: Morgen Gr. Schweineschlachten Spez. Schach schüssel  
- für alle Sonnabende im Februar sind sämtliche Eintrittskarten ausverkauft!

**Marken-Zigaretten**  
Tabak-Zigaretten Garbaty, Halpaus, Constantia, Karmity, Avramikos, Muratti, Ghab u. Tagespr.  
**Arno Gebner**, Tabakwaren-Großhandl., Wertstr. 21, teleph. Moabit 2114.  
Karl-Liebknecht-Fabrik-Verlag



# Beschlüsse der Internationale.

Gefasst in Luxemburg am 17. Februar 1924.

Die Internationale hat seit jeher die moralischen Kräfte der Menschheit als die Grundlage jener neuen Gesellschaftsordnung angerufen, die die Arbeiterklasse schaffen will. Sie begrüßt aus ganzer Seele den Erfolg der Bemühungen der englischen Genossen, die von den gleichen Gedanken erfüllt, der internationalen Politik, die bis nun der Kampfplatz für die raubgierigen Interessen des Kapitalismus in den verschiedenen Ländern war, eine neue Wendung geben wollen.

In der gegenwärtigen Situation hält es das Exekutivkomitee der Internationale nicht für notwendig, die so oft erlassenen Erklärungen über die Voraussetzungen einer Politik des Friedens und der Versöhnung nach diesem Weltkrieg, zu dem das alte kapitalistische und antidemokratische Herrschaftssystem geführt hat, noch einmal zu wiederholen. Es genügt, hier festzustellen, daß der Gang der Ereignisse uns vollkommen recht gegeben hat. Stets haben wir die vollständige Kupplung und die Gefahren einer Politik der Gewalt und des Zwanges aufgezeigt. Es ist eine Schmach für die Menschheit, daß fünf Jahre nach dem formellen Friedensabluß die Bevölkerung weiser Gebiete unter der Willkürherrschaft des Militarismus der Sieger verbleibt, und wir erheben lauter als je die Forderung, die von der Internationale so oft gefällte Forderung nach der schnellsten Räumung der besetzten Gebiete.

Zugleich wiederholen wir, daß die Wiederherstellung der durch das schreckliche Wüten des Krieges zerstörten Gebiete ohne Umschweife und ohne Hinterhältigkeit durchgeführt werden soll. Indem die Exekutive konstatiert und es als Fortschritt anerkennt, daß seit dem Siege der britischen Arbeiterpartei die kapitalistischen Regierungen selbst gezwungen sind, eine friedliche ökonomische Lösung des Reparationsproblems zu suchen, macht sie doch nachdrücklich darauf aufmerksam, daß auch eine friedliche ökonomische Lösung des Reparationsproblems, wie die kapitalistischen Regierungen sie nunmehr suchen, zu einer ersten Gefahr für das internationale Proletariat werden kann.

Wenn nämlich die Lösung der deutschen Arbeiterklasse lasten auferlegte, die nur getragen werden könnten bei Verlängerung der Arbeitszeit in Deutschland über acht Stunden und bei empfindlicher Senkung des Reallohnes der deutschen Arbeiter, dann würde der Mechanismus der kapitalistischen Konkurrenz auch auf die anderen Länder einen Druck zur Verlängerung der Arbeitszeit und zur Senkung der Löhne üben. Die Reparationen würden auf diese Weise faktisch bezahlt werden nicht von der für den Krieg verantwortlichen und an den Kriegsfolgen bereicherten kapitalistischen Klassen Deutschlands, sondern von den Arbeitern aller Länder.

Die Exekutive warnt daher die Arbeiter aller Länder vor der ersten Gefahr, daß die kapitalistischen Regierungen, die bisher durch den Streit um die Reparationen die Lebenshaltung der Arbeiter gedrückt haben, nunmehr durch eine Verschönerung über die Lösung des Reparationsproblems mit rein kapitalistischen Methoden die Lebenshaltung der Arbeiter noch weiter zu brüden versuchen werden.

Angesichts dieser Gefahren erklärt die Exekutive, daß die Verständigung über das Reparationsproblem nicht nur die Befreiung der besetzten Gebiete

ermöglichen und nicht nur den Anspruch Frankreichs und Belgiens auf Reparationen mit der Notwendigkeit der Stabilisierung der Währungen und der Wiederherstellung des ökonomischen Gleichgewichtes in Europa in Einklang bringen, sondern auch die internationale Arbeiterklasse vor einer allzu heftigen deutschen Konkurrenz dadurch schützen muß, daß sie die Wiederherstellung des Achtstundentages in Deutschland und seine Aufrechterhaltung in der ganzen Welt garantiert und das Schwergewicht der Reparationsleistungen nicht der deutschen Arbeit, sondern dem deutschen Kapital auferlegt.

Wir bestehen daher auf der Forderung, daß in der schweren Frage der Reparationen, die augenblicklich in der ganzen Welt obenan steht, nicht bloß dem rein ökonomischen und finanziellen, sondern auch den sozialen Erwägungen Rechnung getragen werde. Wir bestehen nicht minder auf der absoluten Notwendigkeit, endlich mit den veralteten Methoden zu brechen, und an ihre Stelle jene

Politik der Aufrichtigkeit und des Vertrauens zu setzen, die stets die internationalen Beziehungen der Arbeiterparteien untereinander geeicht hat. Ohne sie wird man niemals zu jenem Gefühl wechselseitiger Sicherheit gelangen, das für die friedliche Entwicklung der Welt ebenso wichtig ist wie die Lösung des Reparationsproblems selbst. Durch guten Willen, dadurch, daß der noch unzuverlässige Völkerverbund umfassender und demokratischer gestaltet wird, wird es sicher möglich sein, diesem Gefühl der Sicherheit näherzukommen, das die notwendige Vorbedingung ist, um den Rüstungen Einhalt zu gebieten und zur allgemeinen Abrüstung und dem obligatorischen Schiedsvertrag zwischen den Staaten zu gelangen, die die Internationale ebenso fordert wie die Entmilitarisierung und Neutralisierung gewisser Grenzgebiete. Wir hoffen, daß auch diese Fragen von denen vielleicht die Zukunft der Menschheit abhängt, die der Krieg in einem Zustand der Herrlichkeit zurückgelassen hat, einer gründlichen Untersuchung zugeführt werden.

In diesem Augenblick, in welchem gewisse Anzeichen trotz allem zu Hoffnungen berechtigen, ruft die Internationale daher noch einmal die Arbeiterklasse und alle, die guten Willens sind und die erkannt haben, daß heute die Arbeiterklasse die wirkliche, große Kraft des Fortschritts ist, auf ihre Anstrengungen zu verdoppeln, um eine Lösung des Problems herbeizuführen, die solange den Ausblick verdrängt haben.

In Erwägung, daß die Durchbrechung des Achtstundentages in Deutschland, eine der verhängnisvollen Folgen des Ruhrkonflikts, das Unternehmertum in vielen Ländern zu heftigen Angriffen auf den Achtstundentag ermüdet hat;

daß jede Einschränkung der Geltung des Achtstundentages in einem Lande sofort in vielen anderen Ländern heftige Angriffe der Kapitalistenklasse gegen den Achtstundentag zur Folge hat, fordert die Exekutive die Arbeiter aller Länder auf, sich

allen Angriffen der Unternehmerschaft gegen den Achtstundentag mit allen Kräften zu widersetzen;

begrüßt sie die Initiative der britischen Arbeiterregierung, die allgemeine Ratifizierung der Konvention von Washington über den Achtstundentag durchzusetzen;

fordert sie alle der Sozialistischen Arbeiter-Internationale angeschlossenen Parteien auf, die Bemühungen der britischen Arbeiterregierung dadurch zu unterstützen, daß sie, jede in ihrem Lande, die Ratifizierung der Konvention von Washington durchzusetzen sich bemühen,

und beauftragt sie das Bureau, im Einvernehmen mit dem internationalen Gewerkschaftsbund in geeignetem Zeitpunkt eine internationale Massenkaktion für die Ratifizierung der Konvention von Washington zu organisieren.

**Rußland.**  
Die Exekutive der SWA konstatiert mit Genugtuung, daß nach der de-jure-Anerkennung Sowjetrußlands durch die englische Arbeiterregierung und die Regierung Italiens die vollständige Anerkennung der Sowjetregierung durch alle anderen Mächte und die Wiederaufnahme der normalen Beziehungen zwischen Rußland und Europa nunmehr als unmittelbar bevorstehende Aufgabe betrachtet werden kann, worin die Exekutive die beste Gewähr für die Erhaltung des politischen Bestandes Rußlands und für die Unmöglichkeit der Wiederholung der Interventions- und Blockadepolitik sowie einer Förderung der Demokratisierung des politischen Regimes in Rußland erblickt.

Indem die Exekutive, in vollständiger Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Hamburger Kongresses, die Bemühungen der sozialistischen Arbeiterparteien der einzelnen Länder für die Anerkennung der Sowjetregierung unterstützt, insbesondere überall dort, wo die Bourgeoisie die Anerkennung Sowjetrußlands de jure noch bekämpft oder sie an reaktionäre Bedingungen zu knüpfen sucht, ihre Anstrengungen für die Anerkennung Sowjetrußlands zu verstärken wobei besondere Wachsamkeit nötig ist, damit die kapitalistischen Regierungen

dem russischen Volk nicht Bedingungen auferlegen, die wirtschaftliche Verflawung gleichkommen, erachtet es die Exekutive in um so höherem Maße für die Pflicht der sozialistischen Arbeiterparteien in allen Ländern, die Sozialisten Rußlands in ihrem Kampf gegen das System der politischen Unterdrückung zu unterstützen.

Die Exekutive sendet ihre Grüße den in den Gefängnissen und Verbannungsorten Rußlands schmachtenden Genossen, die trotz der unerhörten Verfolgungen ihren sozialistischen Überzeugungen treu geblieben sind, und betrachtet es als die Pflicht der SWA, angeschlossenen Parteien, eine energische Aktion für die

## UNSERE NEUEN GOLDMARK = PREISE



Drei Tücker ..... 3	
Kolibri NR. 5..... 3	Ozplid GRÜN..... 5
Mikauli..... 3	Ozplid ROT..... 6
Dubec Pasma NR. 12..... 4	Aco..... 8
Constantin NR. 23..... 4	Levante Blume..... 8
Reitschule..... 4	Stfa..... 10
Constantin der Crasse..... 12	



Der Kauf unserer bekannten Marken bietet Gewähr dafür, wirklich gute Cigaretten zu erhalten



## CIGARETTENFABRIK CONSTANTIN



Forderung der vollständigen Amnestie für alle politischen Gefangenen auf dem Gebiete der Sowjet-Union und für die Einstellung der Verfolgungen gegen alle nichtkommunistischen Arbeiter- und Bauernorganisationen einzusetzen.

### Georgien.

In Anbetracht dessen, daß die rechtliche Anerkennung der Sowjetregierung von allen Regierungen Europas ermoglicht wird, bringt das Exekutivkomitee den angeschlossenen Parteien in Erinnerung, daß gemäß den Beschlüssen des Hamburger Kongresses die sozialistischen Parteien, indem sie jede von der Regierung ihres Landes die Anerkennung der Sowjetregierung fordern, zugleich darüber wachen müssen, daß dieser Akt die Fortführung der Verhandlungen über die

### Aufhebung der militärischen Besetzung Georgiens

nicht hindert. Das Exekutivkomitee fordert die angeschlossenen Parteien auf, eine Propaganda zugunsten der Befreiung Georgiens von der Besetzung durch die Sowjetrussen gemäß den Beschlüssen von Hamburg zu veranstalten.

### Armenien.

In Ermüdung, daß die Mächte der Entente unter Mißachtung der formellen Verpflichtungen, die sie im Vertrag von Lausanne auf sich genommen haben, Armenien den kemalistischen Türken preisgeben, daß ungefahr

### eine Million armenischer Flüchtlinge den Hungertoden im Jahre 1915 mit knapper Not entkommen

sind, die noch immer im Zustand leben und der äußersten Not preisgegeben sind und unter das Verbot gestellt, in ihren heimatischen Herd zurückzukehren,

daß in kurzer Zeit in den Parlamenten Englands, Frankreichs und Italiens Verhandlungen bezüglich der Ratifizierung des Vertrages von Lausanne beginnen werden,

empfiehlt die Exekutive der SPJ mit Bezugnahme auf die Resolution des Hamburger Kongresses den sozialistischen Parlamentsfraktionen dieser drei Länder, anlässlich der Debatte über den Vertrag von Lausanne die

### Wiederherstellung der armenischen Heimat

in dem in der Türkei unterliegenden Teil Armeniens zu fordern, eine Forderung, deren große Wichtigkeit vom Völkerverbund und den Mächten selbst proklamiert worden ist.

Von den Abgg. Dr. Rose (D. Sp.), Meyer-Bäufau (D. Hamm.) wurde die Zurückweisung der Eingabe beantragt, während die Abgg. Frau Wolfstein (Komm.) und Gaymann-Harburg (Soz.) die Beantragung mit der Begründung verlangten, daß es sich um ein Fehlurteil des Schwurgerichts handle. Der Antrag der Deutschen Volkspartei auf Zurückweisung der Eingabe wurde angenommen.

Um 6 Uhr verlas sich das Haus auf Mittwoch, 12 Uhr. Auf der Tagesordnung steht neben kleinen Vorlagen die Beamtenabbauordnung.

## Generalversammlung der Metallarbeiter

Kassel, 19. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Den Bericht der Redaktion der „Metallarbeiter-Zeitung“ erstellte Redakteur Kummer. Bei der Beurteilung der Tätigkeit der Redaktion müsse man berücksichtigen, daß die Redaktion unter Verpflichtung auf ein bestimmtes Programm gewährt worden sei und auch Pflichten gegen die Internationale zu erfüllen gehabt habe, weil die „Metallarbeiter-Zeitung“ das einzige größere Organ der „eisernen Internationale“ sei. Vieles habe nicht durchgeführt werden können. Den in vielen vorliegenden Anträgen enthaltenen Vorwurf „heftiger und verkehrter Schreibweise“ wies Kummer zurück; eine Entschärfung der Opposition, die die Entlassung der Redaktion fordert, zerpfändete er. Der

### Heranbildung des Nachwuchses

habe die Redaktion größte Aufmerksamkeit geschenkt. Die Redaktion habe sich in ihrer Gesamteinstellung bemüht, die Massen in sozialistischem Sinne aufzuklären.

Für die Aussprache werden jeder Fraktion drei Redner zugewiesen; mit einer Redezeit von einer Stunde, dreiviertel Stunde und einer halben Stunde; der Vertreter der USP. erhält halbstündige Redezeit.

Als erster Diskussionsredner spricht Schumann-Hasse (R.D.). Dismann habe keinen Weg gezeigt, um aus dem Feind herauszukommen. Die sozialen Einrichtungen seien zunichte geworden. Der Redner greift den Reichspräsidenten an, weil er den Ausnahmezustand nicht aus eigener Macht aufgehoben habe, auch Roste mußte nochmals herhalten. Dem Genossen Stiering wirft er als preussischen Handelsminister vor, daß er durch Stundung der Kohlensteuer den Unternehmern ungeheure Gewinne zugeschanzt habe. Dismann habe nicht gearbeitet, wie er es in Stuttgart verurteilt habe. Der gewerkschaftliche Kampf müsse zum politischen Kampf werden; an Stelle der Diktatur des Kapitals müsse die Diktatur der Arbeiterschaft gesetzt werden. Die Schaffung von Industrieverbänden sei im Interesse der Gesamtarbeiterschaft notwendig. Die Kommunisten forderten ihre Anhänger auf, in den Gewerkschaften zu verbleiben. (Lebhafte Widerspruch.) Sozialdemokratie und USDB. greift der Redner scharf an wegen des Ermächtigungsgesetzes. Dismann sei in das Schlepptau des USDB. genommen worden. Bei den scharfen Angriffen Schumanns gegen Dismann kam es unter den Delegierten zu heftigen Auseinandersetzungen.

In der Nachmittags Sitzung begrüßt als nachträglich eingetretener Gast die Frau Labe-Horis im Auftrag der französischen Metallarbeiterarbeiterschaft, die in scharfem Kampf gegen Imperialismus und Militarismus

stehe. Für den Internationalen Metallarbeiterbund sprach Jig-Bern: Bei der Ruhrbesetzung habe die Internationale verlost, ebenso bei der gegenseitigen Unterstützung bei großen Streiks. Das sei eine Folge der riesigen Arbeitslosigkeit in allen Ländern.

Grömann vom USDB., von den Kommunisten mit allerlei Zwischenrufen begrüßt, übermittelt den Wunsch des Bundesvorstandes, daß die Lösung des Metallarbeiterverbandes der gesamten Arbeiterschaft zum Vorteil gereiche.

Als Vertreter der USP. erklärt Himmelfahrt-Berlin, daß seine Partei kein Vertrauen zu den Verbandsleitungen habe. Seine Ausführungen lösten teilweise stürmische Heiterkeit aus. Er kritisierte Scheidemann, erging sich in Angriffen gegen die Sozialdemokratie und erklärte schließlich, daß sich die USP. die Ausführungen Schumanns völlig zu eigen mache. Eine Einigung sei nur möglich, wenn sich der Metallarbeiterverband wieder zu einer Kampforganisation umstelle; die jetzigen Führer seien ungeeignet.

Pawlowitsch-Dresden (USDB.): Nicht Parteizugehörigkeit komme in Frage, sondern die Umsterbamer oder die Rosa-Fauer Gewerkschaftsrichtung. Die wichtigste Aufgabe des Verbandes sei, Richtlinien zu schaffen für die unmittelbaren Aufgaben. Die Gewerkschaften sind bisher ihren Weg zwangsläufig gegangen und werden ihn auch weiter zwangsläufig gehen müssen. (Sehr richtig!) Von den Kommunisten oftmals unterbrochen, weist der Redner die Angriffe Schumanns auf den Reichspräsidenten zurück und verurteilt die Aufspaltung der Arbeiterschaft durch Flugblätter. Die Politik der Gewerkschaften sei heute dieselbe wie früher. Mit einem großen Teil der kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder lasse sich durchaus gut arbeiten, aber zurückgeworfen werden müsse die Gespinnstweberei der Kommunisten, alle diejenigen, die nicht auf Moskauer Schandern, als Arbeitervertreter und Unternehmerväter zu kennzeichnen. (Stürmische Zustimmung.) Um den Inneren Kern mit aller Energie entgegenzutreten zu können, sei innere Geschlossenheit und Disziplin notwendig. Parteipolitik dürfe nicht über Gewerkschaftsbelange gestellt werden. (Lebhafte Beifall.) — Schluss der Dienstagsitzung.

## Filmschau.

„The Christian“, ein großer amerikanischer Film, der in der Abendunterhaltung erstmalig gezeigt wurde, hat starke Werte, die zu seiner Anerkennung zwingen. Er ist noch dem Roman von Hall Caine gefolgt, aber die Amerikaner haben wesentlich anders vor, als die Deutschen es im gewöhnlich in einem solchen Falle tun. Die Deutschen wollen das Seelenleben ergründen, lassen ihre Fauten darauf ein, machen die Landschaft diesem Zweck dienlich, die Amerikaner jedoch nehmen nur die Handlung und lassen diese flüchtig ohne das Bemühen zu vernachlässigen. So war London, diese prächtige Stadt, keine trübe Anstalt prächtig geputzt, man ließ sie nicht zum Hauptdarsteller werden, aber man verlebte die Handlungen der Personen und nur möglich in dieser Stadt, sie sind verbunden mit ihr. Ähnlich war auch die Verdrämtheit der Insel Man, auf der junge Menschen unter der Sebnacht nach London belassen werden. Dieser Bewegung hingegen waren die Bilder vom Derby. So ist dieser Film nicht nur dem Leben nahe, nein, er ist ein Stückchen Leben. Was es ist, eine lebendige Schönheit, und ihr Partner Richard Dix sind hervorragende Darsteller, fern jeder Uebertreibung und — Meister des Schminkmak, was für einen Film auch immerhin sehr viel zu bedeuten hat. „Der Regatta-Lark“, ein ansprechendes Lustspiel, wird von der Erbs-Rim-A-G. herausgebracht. Ein Sportmann wird mit einem Mädchen verwechselt, das ergibt die übliche Komik, eine tolle Verfolgung und bezaubernde Bilder vom Fußballsport, die ein vorzügliches Werbemittel für diese Sportart sind. s.h.

## Kleine Vorlagen im Landtag.

Der Landtag erledigte gestern eine ganze Reihe kleinerer Vorlagen ohne Debatte. Angenommen wurde u. a. der Gesetzentwurf, wonach die Anstaltungskommission für Westpreußen und Posen mit dem 1. April 1924 aufgelöst werden soll. In einem gleichfalls angenommenen Auswahlantrag wird das Staatsministerium ersucht, die Musikpflege in Schule und Volk tatkräftig zu fördern und auf das Reich dahin einzuwirken, daß Konfessoren von der Einkommensteuer befreit werden. Nach kurzer Aussprache wurde ein Zentrumsantrag angenommen, der die Reichsanstalten zur Annahme von Rotgeld verpflichtet. Zu einer längeren Aussprache führte ein Antrag des Rechtsausschusses, der die Begnadigung zweier Einwohner des Reiches bedingungslos befürwortet, die im Sommer 1920 wegen Brandstiftung vom Schwurgericht zu 12 und 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden sind. Ein Regierungsvertreter erklärte dazu, das Ministerium denke nicht daran, die ganze Strafe verbüßen zu lassen, aber der jetzige Zeitpunkt sei für einen Gnadenbeweis noch verfrüht.

**BORG** ZIGARETTEN FÜR QUALITÄTSRAUCHER

Kräuter-Franzbranntwein Kopp & Joseph Berlin W 37 besonders kräftig und erfrischend. Ltr. Mk. 6.50

Ziehung 1. Klasse bereits 7. März  
Mit dem bewährten und sehr beliebten 5-Klassen-System beginnt wieder die  
**Preuss.-Staatslotterie**  
P.sudd. Staatslotterie  
Nur 300.000 Lose mit 102.000 Gewinnen u. 1 Prämie, aus. nahezu  
**20 Millionen Mark** Renten-  
darunter der evtl. Hauptgewinn von  
**Eine Million Mark** Renten-  
1. Prämie **500.000** 1 Gewinn **500.000**  
2. Gewinn **300.000** 1 Gewinn **200.000**  
3. Gewinn **150.000** 60 Gewinne **100.000**  
Los-Preise: Achtel | Viertel | Halbe | Ganze Für alle Achtel | Viertel | Halbe | Ganze  
pro Klasse: 3 M. | 6 M. | 12 M. | 24 M. 6 Klassen: 15 M. | 30 M. | 60 M. | 120 M.  
Orig.-Lose empfiehlt u. versendet auch unter Nachnahme die Staatl. Lotterien-Einschne  
**Friedrich Müller / Berlin C19**  
in Firma Lud. Müller & Co. Jerusalemstr. 13  
Postfach-Kasse 311 58

Für stärkste Figuren Passendes! Keine Reklame-Artikel nur Qualitätswaren! Diese Preise gelten nur bis Sonnabend 8 1/2 Uhr!  
**!! Wer's nicht sieht, glaubt's kaum !!**  
Konkurrenzlose Angebote Unglaublich billig!  
nur soweit Vorrat  
Wundervolle Plüschmäntel in Schneiderarbeit 155.— 115.—  
Prima Sealpüschmäntel auf halbarstem Damast 155.— 125.—  
Astrachan- und Krimmermäntel, speziell für allerstärkste Figuren 75.— 55.—  
Entrückende Pelzmäntel und -jacken, nur beste Felle 648.— 461.—  
Prächtige Übergangsmäntel engl. Charakter u. einfacht 48.— 35.— 25.—  
Modell-Kostüme, erste Frühjahrsneuheiten 99.— 125.— 195.—  
Kleider, nur einzelne Modelle 55.— 65.— 99.—  
Sommermäntel in Donegal 28.— Covercoat in 29.— 65.— Tuch 45.— 39.—  
Donegal- u. Cheviotkostüme (keine Massenfabrikate)  
**Spo. sbillig!** in der Modellabteilung: Einz. Frühjahrs-Modell-  
kostüme, Mäntel, Kleider u. Röcke, nur Orig.-Mod.  
Extra-Abteilung! Trauermagazin  
**Westmann**  
1. Geschäft: Berlin W 8, Mohrenstr. 37a 2. Geschäft: Berlin N O, Gr. Frankfurter Str. 115

**Kaufgesuche**  
Kaufgesuche  
Kaufgesuche  
Kaufgesuche  
**Unterricht**  
Kaufgesuche  
Kaufgesuche  
**Verschiedenes**  
Kaufgesuche  
Kaufgesuche  
**Geleerverkehr**  
Kaufgesuche  
Kaufgesuche  
**Arbeitsmarkt**  
Kaufgesuche  
Kaufgesuche  
**Stellengesuche**  
Kaufgesuche  
Kaufgesuche  
**Stellenangebote**  
Kaufgesuche  
Kaufgesuche  
**politischer Redakteur**  
Kaufgesuche  
Kaufgesuche  
**Violonceller**  
Kaufgesuche  
Kaufgesuche  
**Asphalter**  
Kaufgesuche  
Kaufgesuche  
**Kurbelstickerinnen**  
Kaufgesuche  
Kaufgesuche

**Drum prüfe, wer sich ewig bindet**  
**Trauringe**  
1 Ring Du-ausgold von 9,00 Goldmark an  
1 Ring 243 -estemp. von 6,00 Goldmark an  
1 Ring 233 gestemp. von 2,90 Goldmark an  
Einfache Ringe 1,50 Goldmark an  
**Hermann Wiese, Juwelier, Berlin N, Artilleriestr. 30**  
5 Minuten vom Bf. Friedrichstr. 58, Untergrundbhf. Oranienbr. Tor  
Berlin W, Passauer Str. 12, Untergrundbhf. Wittenbergplatz  
Garantieren in 107 gesetzlichen Goldmark  
Telef.-Adr.: Trauringe-Kassette Berlin - Versand nach auswärts  
Fingerringe-Kassette - Prellkette Tra's

**Bekleidungsstücke, Wäsche usw.**  
Kaufgesuche  
Kaufgesuche  
**Möbel**  
Kaufgesuche  
Kaufgesuche  
**Verkäufe**  
Kaufgesuche  
Kaufgesuche

**Fahrräder**  
Kaufgesuche  
Kaufgesuche  
**Asphalter**  
Kaufgesuche  
Kaufgesuche  
**Kurbelstickerinnen**  
Kaufgesuche  
Kaufgesuche